

neuer Webauftritt
www.CBGnetwork.org

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

DOSSIER
BAYERs Vergangenheitspolitik

TITEL:

Müllkraftwerke

BAYERs neue Dreckschleudern

WEITERE THEMEN:

- BAYERs Männermedizin
- BAYERs Hochrisiko-Fabrik
- BAYERs Arzneitest-Gau

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V.



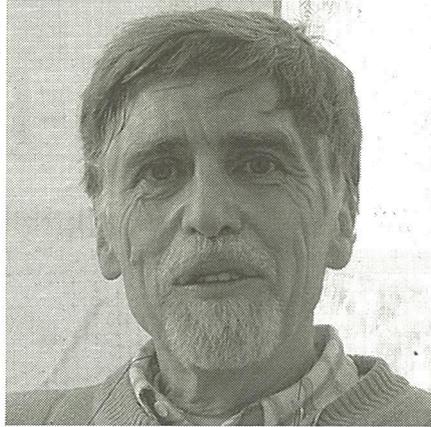


Inhalt

- 4 **BAYERs Hochrisiko-Fabrik**
Drei Unfälle in sechs Wochen
- 8 **Offener Brief an die IG BCE**
Ein Angebot zur Güte
- 10 **Dreckschleuder Müllkraftwerk**
BAYERs neue Energiepolitik
- 14 **„0,8 Tonnen CO₂ pro Tonne Abfall“**
SWB-Interview mit dem Umweltexperten Klaus Koch
- 16 **BAYER im Tank**
Die Risiken und Nebenwirkungen von Jatropa
- 19 **LIPOBAY-Opfer bekommt Recht**
Erstmals kein Vergleich
- 20 **Süllhöfer vs. BAYER**
Die unendliche Prozess-Geschichte
- 22 **Die Marktlücke „Männergesundheit“**
BAYERs neues Geschäftsfeld
- 26 **BAYERs Arznei-GAU**
Parkinson-Kranke als Versuchskaninchen
- + **SWB-Dossier:**
BAYERs Vergangenheitspolitik

Rubriken

- 3 Editorial
- 5 Echo
- 7 Au weia, BAYER!
- 27 Impressum
- 28 Promis gegen Profit,
- 29 CBG bei der Arbeit
- 30 O-Ton BAYER



Dr. Walther Enßlin gehört der Bürgerinitiative BAU-STOPP DER BAYER-PIPELINE - KEINE RISIKO-LEITUNG ZWISCHEN DORMAGEN UND KREFELD an

Liebe Leserinnen und Leser,

der TÜV hat in seinem Gutachten zur Kohlenmonoxid-Pipeline von BAYER ganze Arbeit geleistet. Er hat die Sicherheitslage gleich für Jahrhunderte im Voraus analysiert und über einen Zeitraum von Äonen Entwarnung gegeben. Der Verein prophezeit lediglich einen Rohrleitungsunfall in 5000 Jahren und drei Lecks pro Kilometer in einer Million Jahren. An den CO-Röhren, die am bayerischen Chiemsee entlang verlaufen, nagte der Zahn der Zeit allerdings bedeutend früher. Er fraß binnen 50 Jahren von der 6mm dicken Rohrwand 4mm ab, weshalb diese porös wurde und Gas austrat. 2002 erfolgte deshalb die vorübergehende Stilllegung und ein Austausch der Rohre.

Beim Ausströmen aus einem Leck kühlt das verdichtete Kohlenmonoxid durch seine Ausdehnung stark ab. So besitzt das CO eine größere Dichte als die Umgebungsluft und breitet sich somit an der Erdoberfläche aus, wo es sich gründlich mit der Luft vermischt und selbst noch in tausendfacher Verdünnung tödlich wirkt. Beim weniger wahrscheinlichen Fall eines Vollrohrbruches der Giftleitung hingegen hebt sich die 1,4 m dicke Erdschicht über der Leitung unter dem gewaltigen Druck von 6 bis 40 Bar. Es reißt in kürzester Zeit ein Krater auf, aus welchem mit einem Höllenlärm das CO gen Himmel strömt. Wird das Gas entzündet, entsteht eine gewaltige Explosion mit Feuerball, welche noch 100 m entfernte Gleise zu verformen vermag. Solch ein großes Leck in der Lei-

tung sollte von den Prüfsystemen Dormagen und Uerdingen innerhalb von Minuten erkannt werden und von dort die Leitung durch Ventile in etwa 10 km lange Abschnitte abgeschottet werden. Diese Reaktionszeit reicht jedoch nicht aus, um das Ausströmen von bis zu 10.000 m³ CO im Bereich der Berststelle zu verhindern. Trotz dieser Gefahren steht die IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE rückhaltlos hinter dem Projekt. GewerkschaftssekretärInnen reden von der Gefährdung des Industriestandortes, um Werbung für die Pipeline zu machen, obwohl mit der Inbetriebnahme der Leitung am Standort Uerdingen die alte Kohlevergasung für die CO-Erzeugung geschlossen wird, d. h. die dortigen Arbeitsplätze verloren gehen. Diese Jobs blieben teilweise erhalten, wenn statt der CO-Pipeline für 50.000.000 € eine 70.000.000 € teure, moderne Reformieranlage von der Firma BAYER oder LINDE. Die dafür notwendige Fläche ist – dank vieler Stilllegungen – in ausreichendem Maße vorhanden, ebenso sind die Rohstoffe Methan und Kohlenstoffdioxid für die Erzeugung von CO vor Ort verfügbar. Es ist für mich unverständlich, warum dieser Weg der Vermeidung einer überflüssigen Gefährdung von den Verantwortlichen bei BAYER nicht beschrritten wird. Der einzig dafür in Frage kommende Grund dürfte sein, dass LINDE und PRAIR ihre in Dormagen erzeugten CO-Überkapazitäten auf praktische Weise loswerden wollten, wofür die Landesre-

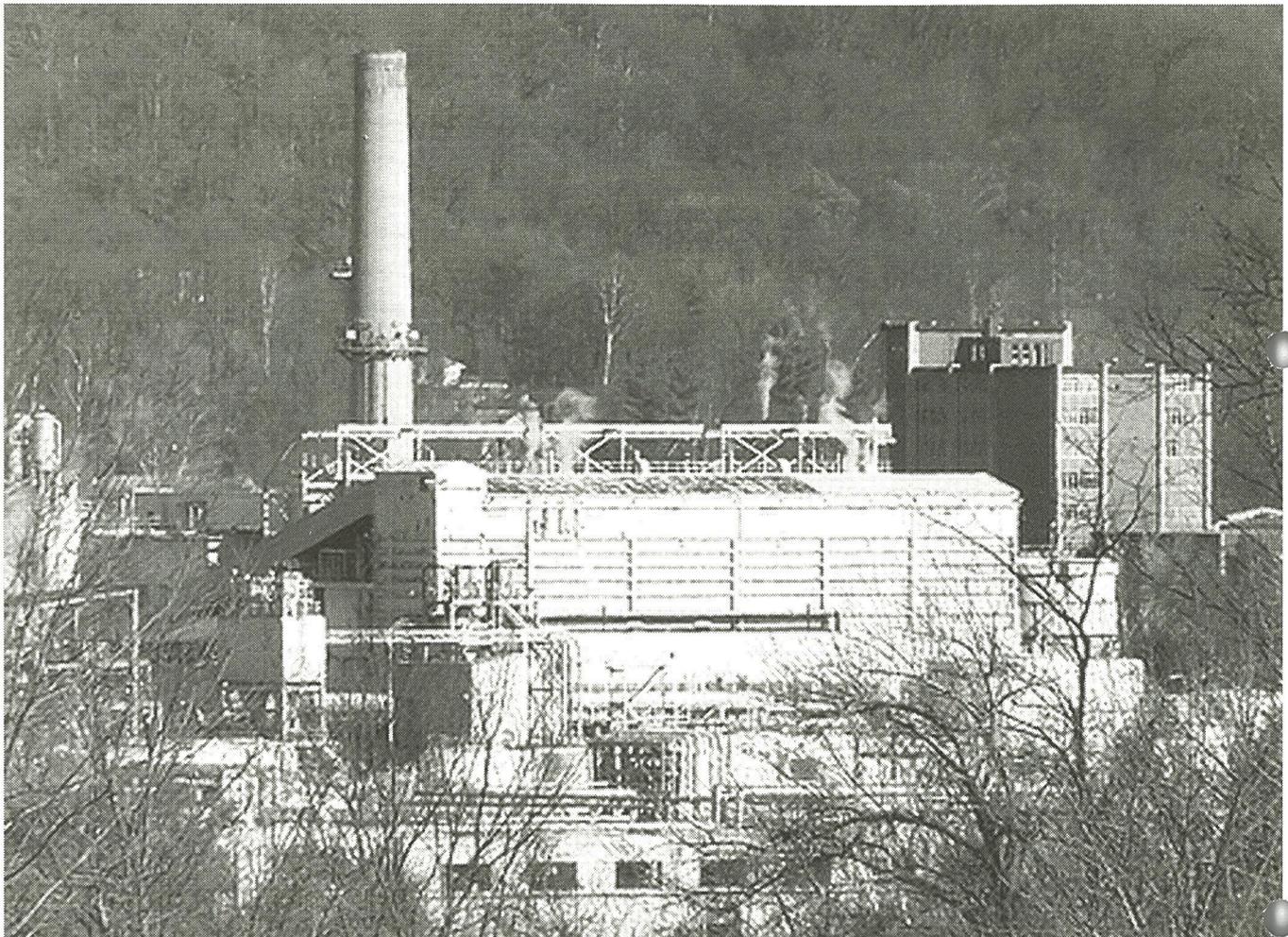
gierung dann per Pipeline-Gesetz eilfertig den Weg frei machte. Deshalb sollen nun die Grundstücke und Häuser unzähliger Privatpersonen durch den Bau der Giftgas-Leitung entwertet werden. Und um Giftgas handelt es sich, nicht „bloß“ um giftiges Gas, wie ein BAYER-Sprecher in der TV-Sendung *Monitor* richtig stellen wollte. Als ich das hörte, stockte mir der Atem: Wissen diese MitarbeiterInnen des Leverkusener Multis etwa nichts mehr von den Massenmorden mit Kohlenmonoxid im Dritten Reich?

Durch den leichtfertigen Umgang mit dem Thema und die Ignoranz gegenüber den Ängsten der Menschen wirkt der Konzern selbst standort-gefährdend. Ein erfolgreicher Industriestandort ist nämlich nicht nur durch Innovation und Weiterentwicklung der Unternehmen, sondern auch durch die Akzeptanz in der Bevölkerung bestimmt. Diese Akzeptanz setzt BAYER auf Spiel. Da bleibt nur zu hoffen, dass der Konzern auf dem Gerichtsweg zur Vernunft zu bringen ist. Die Urteile des Oberlandesgerichts Münster, welche die vorzeitige Inbetriebnahme untersagten, weil sie sich der Argumentation der Pipeline-GegnerInnen anschlossen und das dem Allgemeinwohl dienende des Vorhabens nicht erkennen mochten, stimmen da ganz optimistisch.

J. Abbe Euphor

Drei Unfälle in sechs Wochen

BAYERs Hochrisiko-Fabrik



Das BAYER-Werk in Institute

Das im US-amerikanischen Institute gelegene BAYER-Werk hat die Freisetzung von gefährlichen Chemikalien quasi schon institutionalisiert. Wiederholt traten in letzter Zeit Schadstoffe aus. Die Unternehmensleitung verharmlost die Vorfälle und räumt lediglich „Geruchsbelästigungen“ ein. Die Fabrik gehörte früher der Firma UNION CARBIDE und war baugleich mit dem Werk in Bhopal, dem Schauplatz der größten Chemie-Katastrophe der Geschichte. Nirgendwo in den USA werden bis heute größere Mengen der Bhopal-Chemikalie Methyl-Isocyanat (MIC) produziert und gelagert.

Von Philipp Mimkes

Immer wieder leiden die AnwohnerInnen des US-amerikanischen BAYER-Werks in Institute/West Virginia unter gesundheitsschädlichen Chemikalien-Dämpfen. Der jüngste Vorfall ereignete sich am 28.

Dezember, als mehrere Fässer mit dem Pestizid Thiodicarb platzten. Dutzende Personen mussten sich wegen Kopfschmerzen und Atemwegsproblemen in ärztliche Behandlung begeben, minde-

stens ein Betroffener wurde sogar stationär aufgenommen.

Der Präsident des zuständigen Verwaltungsbezirks Kanawha County, Kent Carper, übte scharfe Kritik am Krisenmanage-

ment des Leverkusener Multis: „Das Verhalten von BAYER nach dem Unfall war bodenlos, die veröffentlichten Informationen waren vollkommen unzureichend. Niemand wusste, was zu tun war“. Ähnlich äußerte sich Hazo Carter, Präsident der „West Virginia State University“ mit 2.500 StudentInnen, deren Gebäude direkt neben dem Werk liegen: „Ich möchte energisch unterstreichen, dass wir, die wir in der Nachbarschaft des Werks leben, arbeiten und studieren, ernsthafte Schritte von BAYER erwarten. Die Nachbarn müssen kurzfristig und detailliert über Unfälle informiert werden“. Carter monierte unter anderem, dass ein vom Konzern eingerichtetes Notfalltelefon nicht funktionierte und dass die Universitäts-Leitung erst aus dem Radio von dem Unfall erfuhr.

Gefahren verharmlost

Noch Tage später verharmloste das Unternehmen den Vorfall und sprach von einer „ungefährlichen Geruchsbelästigung“. Tatsächlich gehört Thiodicarb aber zu den gefährlichsten Agrogiften überhaupt. Die Weltgesundheitsorganisation WHO bezeichnet die Substanz aus der Stoffklasse der Carbamate als „extrem giftig“ und als potentiell krebserregend, weshalb die EU Thiodicarb bereits verbot. Im vergangenen Jahr forderten 154 Organisationen aus 35 Ländern den BAYER-Konzern auf, den Verkauf aller Pestizide der Gefahrenklasse I, darunter Thiodicarb, einzustellen.

Der Vorfall kurz vor Sylvester war bereits der dritte innerhalb von nur sechs Wochen: Am 16. November waren 50 kg der Chemikalie Rhodimet ausgetreten, was zu einer zehntägigen Geruchsbelästigung führte. Am 20. Dezember emittierten stinkende Abgase aus einem Faultank. BAYER wurde deshalb von der Umweltbehörde des Bundesstaats West Virginia, die auch eigene Luftmessungen vornahm, vorgeladen und hat nun Strafzahlungen zu erwarten.

Todes-Chemikalie MIC...

Die Fabrik in Institute gehörte früher zur Firma UNION CARBIDE und war das „Schwester-Werk“ der berühmt-berüchtigten Fabrik im indischen Bhopal. Dort waren im Dezember 1984 rund 30 Tonnen Methyl-Isocyanat (MIC) ausgetreten. Mindestens 15.000 Menschen fielen dem schwersten Chemie-Unfall der Geschichte zum Opfer.

Nach der Katastrophe in Indien richteten sich die Augen der Öffentlichkeit auf die Pestizid-Fabrik in Institute, da dort ebenfalls große Mengen MIC lagerten und dieselben „Sicherheits“-Bestimmungen wie in Bhopal galten. Allen Beteuerungen der Werksleitung zum Trotz, wonach von der Fabrik keinerlei Gefahren ausgingen, ereignete sich im August 1985 auch in Institute ein Groß-Unfall: Rund zwei Tonnen giftiger Chemikalien, darunter das hochgefährliche Pestizid Aldicarb, zogen in einer brennenden Wolke über die Wohnviertel in der Nähe der Fabrik. Über 300 AnwohnerInnen mussten daraufhin ins Krankenhaus.

Der nächste große Störfall ereignete sich im August 1994, als eine Explosion einen Teil der Pestizid-Produktion zerstörte. Ein Arbeiter starb unmittelbar, mindestens ein weiterer Arbeiter erlag den Spätfolgen. Die Behörde für Arbeitssicherheit OSHA verhängte wegen „vorsätzlicher Verletzung von Sicherheits-Bestimmungen“ eine Strafe von 1,7 Millionen Dollar. Und Im Februar 1996 brach in der Anlage ein Feuer aus, woraufhin erneut große Mengen Chemikalien austraten. Tausende von AnwohnerInnen durften ihre Häuser nicht verlassen.

...wird bis heute gelagert

Im Rahmen der Übernahme von AVENTIS CROPSCIENCE gelangte die Fabrik im Jahr 2001 in den Besitz von BAYER. Während der Agro-Riese an den bundesdeutschen Standorten nach Bhopal die Menge der gelagerten Ultragifte wie Phosgen oder MIC zähneknirschend reduzierte, blieben die Tanks in Institute bestehen. Heute ist Institute das einzige Werk in den USA, in dem MIC in großen Mengen produziert und gelagert wird. Mindestens die doppelte – möglicherweise gar die vierfache - Menge des in Bhopal ausgetretenen Pestizides befindet sich ständig in der Fabrik, genauere Angaben verweigert die Werksleitung. Auch zwischen fünf und fünfzig Tonnen des Giftgases Phosgen, das im 1. Weltkrieg als Kampfgas verwendet wurde, lagern am Standort. Ein

Echo

P. K. : (zum Architekturpreis): Endlich mal eine Meldung, zu der man Euch vorbehaltlos gratulieren kann.

A. K. : (zum Architekturpreis): GENIALE AKTION! Kommunikations-Guerilla pur. Herzlichen Glückwünsch.

F. G. : (zum Architekturpreis): Jedenfalls ist das ja eine sensationelle Geschichte.

D. u. I. L. : Wir sind begeistert.

L. B. : Ich möchte Euch aufrichtig danken für die klaren und ehrlichen Informationen, die Ihr gebt (Ihr seid die Einzigen ...). Ich suchte Informationen über Babyflaschen für meine Tochter und entdeckte genau das, was ich über Plastikflaschen und das kriminelle Polycarbonat vermutet habe.

C. H. : (Ihr Mann starb an einer PCB-Vergiftung): Seit ich die Arbeit der CBG kenne, fühle ich mich nicht mehr so allein auf der Welt mit meiner Wut auf BAYER, mit meinem Entsetzen und meiner Verzweiflung. Die CBG hat mir mehr geholfen, als es jedes Anti-Depressivum hätte tun können. Herzlichen Dank an alle Aktiven der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN!

E. H. : Herzlichen Dank für Ihre Informationen. Ich finde es klasse, wie Sie sich für die Menschenrechte, für gesundes und friedliches Wirtschaften engagieren.

W. S. : BAYER-Aktionäre und Investoren müssen schon aus hartem Holz geschnitzt sein: Zu wissen, dass an dem Geld, was sie in den Händen halten, „Blut klebt“, muss sie doch manche Nacht nicht ruhig schlafen lassen.

K. B. : Mit Interesse lese ich seit langem Ihre Infos über das Treiben des BAYER-Konzerns. Bin erstaunt wie erfreut, welche Interna Sie ans Tageslicht bringen.

Mehr als
70.000
Zugriffe
wöchentlich.



www.CBGnetwork.org



Institute aus der Vogelperspektive

Worst-Case-Scenario kam 1994 zu dem Ergebnis, dass im Falle eines GAUs in einem Umkreis von mehreren Kilometern tödliche Vergiftungen auftreten können. Auch im Normalbetrieb emittiert die Ferti-gungsstätte in Institute große Mengen gefährlicher Stoffe. Nach Angaben der US-Umweltbehörde EPA blies das Werk im vergangenen Jahr mehr als 300 Tonnen Chemikalien und Schadstoffe in die Luft, darunter 200 kg MIC, 50 kg Thiodicarb, 4 Tonnen Chlor und mehrere Kilogramm Phosgen. Die Anlage ist damit für 90 Pro-

zent der gelagerten MIC-Menge und gar 95 Prozent der MIC-Emissionen der gesamten USA verantwortlich.

Zahlreicher Protest

Nach dem ersten großen Störfall gründeten AnwohnerInnen die PEOPLE CONCERNED ABOUT MIC („Gruppe der MIC-Betroffenen“), die mehr als zehn Jahre lang für mehr Sicherheit kämpften und eine drastische Verringerung der gelagerten MIC-Mengen forderten. „Es gibt keinen Tag, an dem ich nicht an die Unmen-

ge der hier gelagerten Chemikalien denke“, so die Anwältin Wendy Radcliff, eine der Gründerinnen der Initiative. Ihre Mitstreiterin Pam Nixon, die als Gutachterin der staatlichen Umweltbehörde arbeitet, erläutert, warum es in den vergangenen Jahren ruhiger wurde: „Seit Ende der 90er Jahre gab es keinen größeren Unfall mehr. Es braucht aber meist einen solchen Anlass, um die Leute zusammenzubringen und dazu zu veranlassen, für eine Verbesserung der Lage zu kämpfen“. Gegenüber der örtlichen Zeitung *Charleston Gazette* äußerte Nixon anlässlich des 20. Jahrestags der Katastrophe von Bhopal: „Wir sollten nicht vergessen, dass die Risiken nicht aus der Welt sind. Auch wenn wir nichts davon hören oder sehen: Mitten in unserer Gemeinde befindet sich ein schlafender Riese“. Pam Nixon war bei der Beinah-Katastrophe 1985 durch giftige Gase verletzt worden. Zehn Jahre später wurde bei ihr eine seltene Immunstörung diagnostiziert, für die sie die Vergiftung verantwortlich macht. Wie auch den meisten anderen Betroffenen ist es unmöglich, einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Exposition und Erkrankung juristisch nachzuweisen.

Vorschriften

Wer in der Bürokratie des technischen Umweltschutzes den Überblick behalten will, wer sich schnell über neue Richtlinien und Verordnungen der EU, über neue Gesetze, Verwaltungsvorschriften oder neue Richtlinien des Verbands Deutscher Ingenieure informieren möchte, dem kann der KGV-Rundbrief der Koordinationsstelle Genehmigungsverfahren (KGV) des Öko-Instituts e.V. zur wichtigen Quelle werden. Die Schrift informiert umfassend über umwelttechnische und rechtliche Aspekte zu den Bereichen Immissionsschutz, Abfallwirtschaft, Genehmigungsverfahren, Anlagensicherheit und Bürgerrechte im Umweltschutz. Literatur- und Veranstaltungstipps sind ein weiterer Service. Der KGV-Rundbrief erscheint einmal im Quartal.

Dschungelüberblick

KGV-Rundbrief für mehr Durchblick im Vorschriftendschungel

Die Zeitschrift der Koordinationsstelle Genehmigungsverfahren, der „KGV-Rundbrief“, erscheint quartalsweise und informiert über

- neue Erkenntnisse bei der Luftreinhaltung,
- den Stand der Technik bei der Emissionsminderung,
- die Praxis bei Genehmigungsverfahren,
- die Probleme verschiedener Anlagentypen,
- die Entwicklungen in der Abfallwirtschaft und
- die Auswirkungen neuer Umweltgesetze oder deren Änderungen.

Kostenloses Probeexemplar: Öko-Institut e.V./KGV, Rheinstraße 95, 64295 Darmstadt, per E-Mail kgv@oeko.de oder über die Instituts-Homepage unter www.oeko.de/kgvweben



Gefahrstoff-Register

Als Lehre aus Bhopal und des ersten Groß-Unfalls in Institute beschloss der US-Kongress im November 1986 den „Community Right to Know Act“. Das Gesetz verpflichtete die Industrie, für jede Fabrik eine Aufstellung der produzierten und gelagerten Chemikalien sowie Gefahrenpläne zu veröffentlichen. Zudem wurde das Register „Toxic Release Inventory“

(TRI) geschaffen. Darin dokumentiert die Umweltbehörde EPA für jedes Werk den Umfang der deponierten und der in Luft und Wasser eingetragenen Schadstoffe. Erfasst werden 650 Chemikalien und über 20.000 Anlagen; die Daten werden im Internet veröffentlicht. Durch den unkomplizierten Zugriff steigt der Druck von AnwohnerInnen, Umweltverbänden und Medien, den Ausstoß zu senken.

In Deutschland existiert bis heute keine vergleichbare Aufstellung, die Öffentlichkeit ist oftmals auf freiwillige Veröffentlichungen der Firmen angewiesen. Wegen angeblicher „Geschäftsgeheimnisse“ klagte der BAYER-Konzern mehrfach gegen die Publikation von Emissionswerten. Informationen über Störfälle werden nur unzureichend gesammelt und zudem anonymisiert, also ohne Angabe der jeweiligen Firma veröffentlicht. Zwar müssen die Firmen nach der Störfallverordnung über die Gefahren der produzierten Stoffe informieren, aber in den Broschüren finden sich weder Angaben zu emittierten Chemikalien noch zur Menge gelagerter Gefahrstoffe. So wissen die AnliegerInnen der bundesdeutschen Standorte oft gar nichts vom „schlafenden Riesen“ BAYER.

Au weia, BAYER



Manager des Jahres

Im vergangenen Jahr katapultierte sich Konzern-Chef Werner Wenning BAYER mit einem Streichergebnis von 1.500 Stellen auf Rang 4 der bundesdeutschen Arbeitsplatzvernichtungshitparade. Zudem bereitet er mit Kohle- und Müllkraftwerken den Weg zurück in die klimapolitische Steinzeit vor und will partout nicht von einer fast 70 km langen Giftgasleitung quer durch Nordrhein-Westfalen lassen. Dem *Manager-Magazin* gefällt das. „Man kann eine Menge von ihm lernen“, befand das Blatt und verlieh Wenning den Titel „Manager des Jahres 2007“.



NEU
Aufkleber

Ø 10 cm
rot auf weißem Grund

Jetzt
bestellen!

- 1 Expl. 1,50 Euro
- 10 Expl. 11,00 Euro
- 50 Expl. 40,00 Euro
- 100 Expl. 60,00 Euro

plus Porto/Verpackung 2,50 Euro

Bestellungen an:

Fon 0211 - 26 11 210/Fax 26 11 220
Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18 - 40081 Düsseldorf
eMail bestellung@j5a.net / www.CBGnetwork.org

Rosa Luxemburg

Die offizielle Broschüre der
XIII. Internationalen 2008
Rosa-Luxemburg-Konferenz

Klasse für sich.
Partei für alle?

Mit allen Redebeiträgen und Grußbotschaften der Konferenz, der Podiumsdiskussion zum Nachlesen, einer Medienschau, einigen Beiträgen zum Thema aus der *jungen Welt* sowie einem Exklusivbeitrag (ca. 50 Seiten, viele Fotos).

Inklusive der offiziellen DVD zur Konferenz 2008

mit ca. 30minütigem Trailer zur Konferenz 2008 und etwa 20 Minuten mit Ausschnitten aus den Konferenzen 2005, 2006 und 2007

Broschüre und DVD zusammen für nur 7,60 €
(zzgl. Versandkosten)

Jetzt bestellen
(Auslieferung ab Ende März 2008)



Jetzt bestellen!

Ja, ich bestelle von der Broschüre zur XIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2008 inklusive DVD zum Preis von je 7,60 € (zzgl. Versandkosten: bis einschl. 10 Stck. 1,50 €; bis einschl. 25 Stck. 4,10 €; ab 26 Stck. auf Anfrage)

Exemplar(e)

Gesamtsumme: Euro

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Unterschrift

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag einmalig von meinem Konto abzubuchen (Einzug erfolgt erst nach Auslieferung!)

Geldinstitut

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Datum/Unterschrift

Coupon einsenden an Verlag B. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin oder faxen an die 0 30/53 63 55-44.

Offener Brief an die IG BCE

„Die IG BCE darf nicht Partner und Gegner verwechseln“



IG-BCE-Protest gegen die Zerschlagung von BAYER INDUSTRY SERVICES

Seit ihrer Gründung setzt sich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) für den Umweltschutz und den Erhalt der Arbeitsplätze bei BAYER ein. Natürlicher Bündnispartner in diesem Bestreben müsste eigentlich die IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE (IG BCE) sein. Aber eine Zusammenarbeit kam bisher kaum zustande, weil die IG BCE ihre Positionen für unvereinbar mit denjenigen der CBG hält. Um Bewegung in das starre Verhältnis zu bringen, schrieb die Coordination dem IG-BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt einen Offenen Brief.

Lieber Kollege Schmoldt, liebe Kolleginnen und Kollegen,

immer wieder kommt uns zu Ohren, dass von Funktionären des Hauptvorstandes

verbreitet wird, dass wir die IG CHEMIE „bekämpfen“ würden und ähnliches mehr. Wir stellen dazu fest: Wir sind ein BAYER-kritisches Netzwerk, dass 1978 als lokale Bürgerinitiative aufgrund zweier Beinahe-

Katastrophen im BAYER-Werk Wuppertal entstanden ist und seit 1983 als internationale Coordination lokaler inner- und außerbetrieblicher BAYER-Kritik in aller Welt arbeitet. Wir arbeiten inner- und

außerbetrieblich, überregional und über alle weltanschaulichen Grenzen hinweg. Einzig mit Nazis gibt es definitiv keine Zusammenarbeit. Aber mit VertreterInnen konservativer Parteien gibt es durchaus Kooperation.

Einmal abgesehen davon, dass in unserem Netzwerk Mitglieder aller möglichen in- und ausländischen Gewerkschaften tätig sind, haben wir zu keiner Zeit eine Gewerkschaft bekämpft - auch nicht die IG CHEMIE. Im Gegenteil, 1978 unterstützten wir beispielsweise in Deutschland die IG-CHEMIE-Forderung, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb wählen zu dürfen; heute unterstützen wir die IG-BCE-Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze bei BAYER.

Dass wir Kritik üben an gewissen gewerkschaftlichen Praktiken wie sie beispielsweise unter den Überschriften „Co-Management“ und „Sozialpartnerschaft“ gefasst werden, kann nicht dafür herhalten, uns eine gewerkschaftsfeindliche Haltung zu unterstellen oder gar den Vorwurf zu verbreiten, wir würden die IG BCE bekämpfen.

Seit nunmehr fast 30 Jahren sind wir tätig, unsere Haltung und unsere Taten sind öffentlich zugänglich umfangreich dokumentiert. Es werden sich keine stichhaltigen Belege für diese Behauptung finden lassen. Im Gegenteil, immer wieder würdigen Gewerkschaftsverbände des Auslands unsere Arbeit und unsere Leistungen positiv. Darunter auch Gewerkschaften aus Australien und anderen großen Industrienationen.

Andererseits ist es Tatsache, dass erst die

IG CHEMIE und dann die IG BCE von Anbeginn an einen Bogen um uns und unsere Arbeit machten. Wie kann das angehen? Wie kann eine Gewerkschaft, die in Kontinuität mit ihrem Vorsitzenden im Aufsichtsrat des BAYER-Konzerns vertreten ist, fast 30 Jahre lang in nicht einer einzigen Frage den Kontakt herstellen; im Gegenteil, wieso hintertreibt diese Gewerkschaft in dieser langen Zeit immer wieder unsere Gewerkschaftskontakte und redet uns Falsches nach? Es gibt nichts und niemanden auf der Welt, der die IG CHEMIE bzw. IG BCE zwingen würde, die Meinung und Haltung des BAYER-Konzerns uns betreffend zu übernehmen und nachzuplappern. Auf den Hauptversammlungen des Konzerns, die wir als „Kritische Aktionäre“ seit 24 Jahren besuchen, haben die Gewerkschaftsvertreter immer wieder erleben können, dass wir die Probleme der KollegInnen in den in- und ausländischen Werken aktiv vertreten und zur Sprache bringen. Zugleich haben wir in all den Jahren nicht ein einziges Mal erlebt, dass ein Vertreter der IG CHEMIE bzw. der IG BCE dort den Besitzern des Konzerns auch nur ein einziges Problem vorgetragen hätte.

Nun mag man sagen, das wäre für die betrieblichen Verhandlungen kontraproduktiv. Doch dazu kann man geteilter Meinung sein. Und auch daraus lässt sich keinesfalls ableiten, dass wir gewerkschaftsfeindlich wären, oder gar die IG CHEMIE/IG BCE „bekämpfen“ würden.

Wir schlagen vor, dass wir im direkten Kontakt einmal über diesen Problem-Komplex sprechen. Es ist einfach lächerlich,

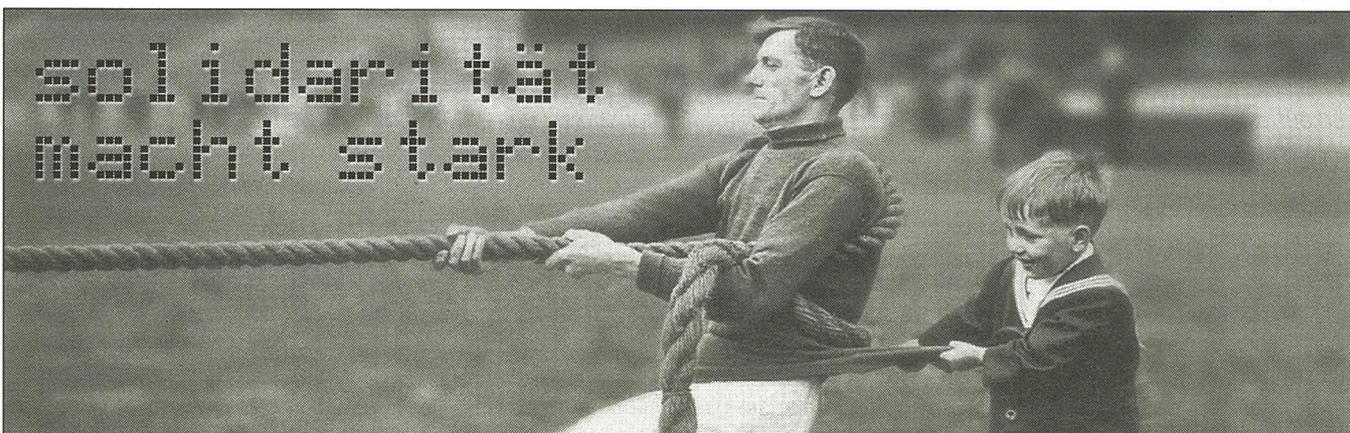
wenn die IG BCE einen solchen Bogen um uns macht - als wären wir diejenigen, die die Arbeitsplätze bei BAYER zu Tausenden vernichten und gefährden; die die Löhne drücken und die Arbeitszeiten verlängern; die die Arbeitsbedingungen immer weiter verschlechtern; die die Arbeitssicherheit in Gefahr bringen. Die Konzerne, BAYER vorneweg, greifen die Rechte und die Lebensbedingungen der KollegInnen auf breiter Front an. Der Stoß richtet sich gegen die Gewerkschaften. Auch gegen die IG BCE. Im Aufsichtsrat von BAYER findet sich erstmals ein Vertreter der AUB, ein deutlicheres Warnsignal kann es nicht geben. Die IG BCE darf da nicht Partner und Gegner verwechseln; sie darf ihrerseits nicht das tun, was sie uns vorwirft, nämlich einen potenziellen Partner bekämpfen und coordinationsfeindlich agieren. Wir halten an den gewerkschaftlichen Prinzipien Solidarität und Verbundenheit der Lohnabhängigen fest und lassen uns auch nicht von der IG BCE in eine gewerkschaftsfeindliche Ecke drängen.

Mit kollegialen Grüßen, COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

Mehr als
70.000
Zugriffe
wöchentlich.



www.CBGnetwork.org



deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto



ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de

Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

BAYERs neue Energiepolitik

Dreckschleuder Müllkraftwerk



Protest gegen die klimaschädigende BAYER-Politik in Brunsbüttel

Der Leverkusener Chemiemulti setzt bei seiner Energie-Versorgung zunehmend auf billige und dementsprechend umweltschädliche Lösungen. Neben Kohlekraftwerken zählen Müllkraftwerke, beschönigend Ersatzbrennstoffkraftwerke genannt, zu seinen Favoriten. Was BAYER als Beitrag zum Klimaschutz, zur Kreislaufwirtschaft und zum Schutz natürlicher Ressourcen verkauft, versuchen die AnwohnerInnen wegen der von den Müllöfen ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt jedoch mit aller Macht zu verhindern.

Von Jan Pehrke

„Wir freuen uns sehr über den neuen Industriepark-Partner auf unserem Gelände, der durch seine wirtschaftliche Energie-Erzeugung dazu beiträgt, die Attraktivität des Standortes zu erhöhen“, mit diesen Worten begrüßte BAYERs Brunsbütteler Statthalter Roland Stegmüller den Müllkraftwerk-Betreiber „Gesellschaft für Wirtschaftliche Energieversorgung“ (GWE). Die AnwohnerInnen möch-

ten seine Freude über das Projekt des Unternehmens, das schon in seinem Namen dem Primat der Ökonomie über die Ökologie folgt und damit wohl auch die Investmentgesellschaft STAR CAPITAL PARTNERS als Mehrheitseigner angelockt hat, jedoch nicht so einfach teilen. „Wir wollen keine Müllverbrennungsanlage - und nichts anderes ist das“, zürnt etwa Werner Zeiss von der Bürgerinitiative KLIMA-

SCHUTZ UND GESUNDHEIT UNTERELBE, die bereits 2.700 Unterschriften gegen das Vorhaben gesammelt hat. Das von Stegmüller ob seiner Wirtschaftlichkeit als Standort-Faktor gepriesene Ersatzbrennstoff-Kraftwerk, das den BAYER-Anlagen 120 Tonnen Dampf pro Stunde an Energie liefern soll, hat es nämlich in sich. Pro Tonne verfeuerten Müll entstehen bis zu sechs Tonnen Abgase. Und was



BAYER und GWE feiern die neue Müll-Connection

für welche: Dioxin, chlor-, brom- und fluorhaltige Kohlenwasserstoffe, Chloride, Furane, Kohlendioxid, Schwermetalle wie Quecksilber und Feinstaub. An Rostasche fallen jährlich 80.000 Tonnen an, an Filterasche 16.600 Tonnen und an Kesselasche 2.600 Tonnen. Genauere Angaben zu den anderen Schadstoffen spart die GWE aus naheliegenden Gründen in ihren Unterlagen zum Scoping-Verfahren, das dem eigentlichen Genehmigungsverfahren

„Wir wollen keine Müllverbrennungsanlage - und nichts anderes ist das“, zürnt etwa Werner Zeiss von der Bürgerinitiative KLIMASCHUTZ UND GESUNDHEIT UNTERELBE

vorausgeht, aus. Sie listet dort lediglich die im Bundesimmissionsschutz-Gesetz festgelegten Limits für die einzelnen Stoffe auf, was nicht viel Sinn macht, es sei denn, die GWE will mit der nach dem Prinzip der Kraft/Wärme-Kopplung arbeitenden Anlage wirklich immer genau bis zur Grenze des Erlaubten gehen. Auf den Himmel über Brunsbüttel kommt also so einiges zu, umso mehr, als das für das Kraftwerk vorgesehene Grundstück in einem Außenbereich des Chemieparkes in der Nähe von Ackerflächen liegt und die LandwirtInnen deshalb wirtschaftliche Schäden befürchten. Der Bürgermeister der Stadt nimmt das achselzuckend hin. „Brunsbüttel hat eben das größte Industriegebiet in ganz Schleswig-Holstein“, so der parteilose Wilfried Hansen. Und der schleswig-holsteinische Wirtschafts-

minister Dietrich Austermann (CDU) bezeichnet das Projekt trotz der Risiken und Nebenwirkungen gar als „Knüller“.

Für Schadensbegrenzung soll nach Angaben der GWE die Reinigung der Abgase nach dem so genannten SNCR-Verfahren sorgen. Bei dieser abwasserfrei und ohne Katalysatoren zur chemischen Umwandlung der Reststoffe arbeitenden Methode wird dem Rauchgas Kalk zugesetzt, das einen Teil der Gifte zu Salzen umwandelt. In einem weiteren Schritt binden Kalkhydrat und Herdofenkoks bzw. Aktivkohle vor allem Schwermetalle und organische Substanzen. „Die verwendeten Technologien entsprechen dem Stand der Technik“, versichert der Betreiber. Diese Meinung teilt Klaus Koch vom Hamburger Büro für Umweltfragen, das für den BUND und andere Initiativen Gutachten zu Müllkraftwerken erstellt, nicht. Er attestiert Anlagen, welche die Emissionen mit Hilfe von Katalysatoren zu chemischen Reaktionen zwingen und/oder mit Nasswäschern und Mehrstufen-Systemen arbeiten, bedeutend bessere Ergebnisse. Sie lassen nämlich weit weniger Fluorwasserstoffe, Salzsäure, Kohlenstoffe, Quecksilber, Dioxine, Furane und Feinstaub aus dem Schornstein entweichen als das in Brunsbüttel geplante Ersatzbrennstoff-Kraftwerk.

Der Leverkusener Multi hingegen verkauft die in Brunsbüttel und Dormagen geplanten Müllkraftwerke als Beitrag zum Klimaschutz. „Die Verwertung von Ersatzbrennstoffen in speziellen Verbrennungsanlagen bieten den Vorteil, dass nicht vermeidbare Abfälle effizient verwertet werden und diese Form der Energiegewin-

nung aktiv zur Minderung des klimaschädlichen Methan- und Kohlendioxid-Ausstoßes beiträgt“, so der Konzern. Eine CO₂-Reduzierung gegenüber den mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerken in einer Größenordnung von jährlich 180.000 Tonnen verspricht die GWE. Als eine „Mär“ bezeichnet das Klaus Koch. Er rechnet das durch die täglichen Mülltransporte entstehende Kohlendioxid, die Kohle, Öl und Gas unterlegene Energie-Ausbeute der Anlage und die bei der Abfallverbrennung zusätzlich freigesetzten Ozonschicht-Zerstörer wie Fluorkohlenwasserstoff mit in die Klima-Bilanz ein und kommt so für das GWE-Projekt auf keinen grünen Zweig. Für Methan sieht es nicht besser aus. Damit sich auf den Deponien solche Faulgase nicht mehr bilden, hat der Gesetzgeber nämlich bereits im Jahr 2005 die Verbrennung von Hausmüll zur Vorschrift erklärt. Und ob nun BAYERs Müllöfen oder andere diese Aufgabe erledigen, läuft leider nicht einmal auf ein ökologisches Nullsummenspiel hinaus, denn um den an „Ersatzbrennstoffe“ gestellten Anforderungen genügen zu können, muss der Abfall erst noch ein energie- und also CO₂-intensives Trocknungsverfahren durchlaufen.

Die von BAYER in Brunsbüttel und Dormagen geplanten Müllkraftwerke dienen deshalb nicht der Klima-Bilanz, sondern der Geschäftsbilanz.

Ein nicht ganz kleines Scherflein des „Energieträgers“ produziert er nämlich selbst, und für die Entsorgung der restlichen paar 100.000 Tonnen bekommt er sogar noch Geld. So erhalten die Entsorger heute pro Tonne Abfall ca. 80 Euro, und bei einer Jahreskapazität von 300.000 Tonnen kommt da schon ein erkleckliches Sümmchen zusammen. „Aus Dreck Geld machen“ - diesem Geschäftsmodell folgt der Leverkusener Multi bereits seit einigen Jahren mit seinen Sondermüllverbrennungsanlagen.

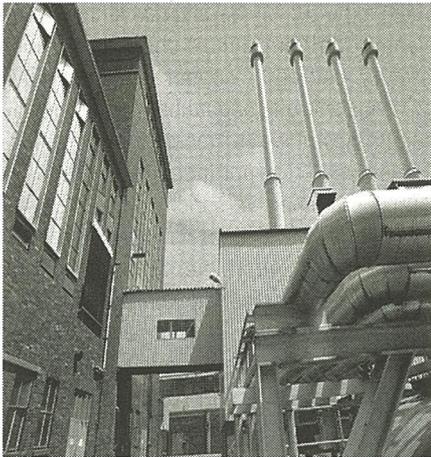
Produktionsrückstände made by BAYER machen dabei einen immer geringeren Anteil aus. Der Fremdmüll kommt mittler-

**Mehr als
70.000
Zugriffe
wöchentlich.**



www.CBGnetwork.org





GWE-Müllkraftwerk

weile auf eine Quote von 25 Prozent - Tendenz steigend, wenn auch im letzten Jahr dank der Proteste der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und anderer Initiativen der drei Millionen Euro schwere Deal mit 4.500 Tonnen Giftmüll aus Australien platzte. Passenderweise spricht nun auch niemand mehr von Müll, „Sekundärrohstoff“ heißt das heutzutage, „Nebenprodukt“ oder eben „Ersatzbrennstoff“. Damit das schmutzige Geschäft aber so richtig anlaufen konnte, mussten die PolitikerInnen erst noch einige Hinder-

nisse aus dem Weg räumen, wobei der Pharma-Riese ihnen tatkräftig unter die Arme griff. So hatte die von Wolfgang Große Entrup, dem Vorsteher des BAYER-Stabes „Politik und Umwelt“, beim CDU-Wirtschaftsrat geleitete Umweltkommission die EU-Abfallrahmenrichtlinie zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärt und eine „Entbürokratisierung“ angeordnet. Der mit VertreterInnen von BAYER und anderen Konzernen bestückte „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“ machte dazu gleich einige konkrete Vorschläge. So forderte das Gremium, mit dem das Land Nordrhein-Westfalen seine Umweltpolitik qua-si ausgegliedert hat, die Gleichwertigkeit der stofflichen und energetischen Verwertung von Abfall sicherzustellen und - besonders entlarvend - auf Programme zur Müllvermeidung zu verzichten. Sonst dürfte den Müllöfen nämlich bald das Brennmaterial ausgehen: Allein die derzeit geplanten 75 neuen Müllkraftwerke und die 20 im Umbau befindlichen Verbrennungsanlagen brauchen jährlich 26 Millionen Tonnen Nahrung. Die EU leitete umgehend das Nötige in die Wege und erleichterte es den Dreckschleudern von BAYER & Co., an ihren Stoff zu kommen. Die in diesem

Jahr zur Abstimmung anstehende Müll-Richtlinie befördert Abfall offiziell zum Wirtschaftsgut - mit weit reichenden Konsequenzen. „Die Folge ist, dass für ihn plötzlich die Warenverkehrsfreiheit der EU gilt“, jubiliert die Branche. „Er darf künftig beliebig exportiert und außerhalb der Landesgrenzen verbrannt werden“. Und die Entsorger lassen keinen Zweifel

Die von BAYER in Brunsbüttel und Dormagen geplanten Müllkraftwerke dienen deshalb nicht der Klima-Bilanz, sondern der Geschäftsbilanz

daran, wer vom Mülltourismus am meisten profitieren wird: „Den deutschen Unternehmen winkt ein lukrativer neuer Auslandsmarkt, weil sie über moderne Verbrennungsanlagen verfügen“.

„Ersatzbrennstoffanlagen stehen im Einklang mit der Abfallpolitik der Europäischen Union“, kann der Leverkusener Multi nach getaner Lobby-Arbeit nun behaupten.

So schließt sich dann der Kreis, der mit einer ökologisch sinnvollen Kreislaufwirtschaft leider überhaupt nichts zu tun hat.

WECHSELWIRKUNG

Wissenschaft & vernetztes Denken



Heft 142 Medizin und Fortschritt
Gegenwart und Zukunft der medizinischen Versorgung

Mit Beiträgen von Klaus Koch et. al, Konrad Obermann et. al., A. Bauer

Außerdem im Heft:

Beiträge aus den Bereichen Astrophysik, Umwelt, Gesellschaft und Kultur

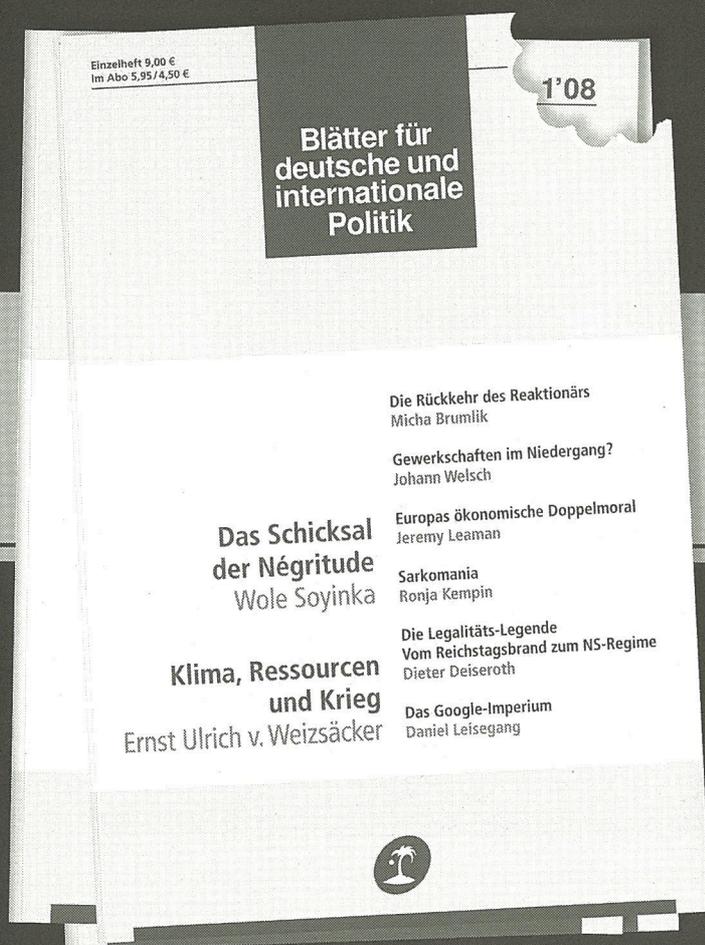
Die WechselWirkung gibt es
4mal im Jahr für 7,90 Euro am Kiosk



www.blaetter.de

Tel: 030/3088-3644 · abo@blaetter.de

Politikhungrig?



Lernen Sie die „Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn“ (Karl Barth) kennen.

Die meistgelesene politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift im deutschen Sprachraum.

Herausgegeben von: Norman Birnbaum, Micha Brumlik, Jürgen Habermas, Rudolf Hickel, Claus Leggewie, Ingeborg Maus, Friedrich Schorlemmer u.a.

Ja, ich bestelle ein

- Blätter-Probeabo*
(2 Monate für 10 Euro)
- Abo (75,60 / erm. 58,20 Euro)
- kostenloses älteres Probeheft

Name

Straße

PLZ, Ort

Unterschrift

*Das Probeabo endet automatisch.
Anschritt: Blätter-Bestellservice, Postfach
540246, 10042 Berlin; Fax: 030/3088-3645

Ein Umweltexperte im SWB-Interview

„Fossile Energieträger hätten einen geringeren CO₂-Ausstoß“



Der Umwelt-Experte Klaus Koch

Zu den Risiken und Nebenwirkungen von Müllkraftwerken fragte Stichwort BAYER den Diplom-Ökologen Klaus Koch, der in Hamburg das „Umweltnetzwerk - Büro für Umweltfragen“ betreibt und Bürgerinitiativen und Kommunen berät.

Dienen Müllkraftwerke wirklich dem Klimaschutz, weil sie im Vergleich zu anderen Arten der Energie-Erzeugung weniger Kohlendioxid produzieren, wie BAYER behauptet?

Ich halte dies für eine Mär. Jeder Abfall hat einen so genannten ökologischen Rucksack, bedingt durch seine Herstel-

lung, den Transport und so weiter. Der wird überhaupt nicht mitberechnet.

In den Unterlagen zum Scoping-Verfahren ist von täglich 100 LKW-Ladungen die Rede ...

Das ist Schwachsinn. Selbst wenn Sie mit einer Ladekapazität von 20 Tonnen rech-

nen, dann haben Sie pro Tag 144 LKW-Bewegungen. Und das ist nur der Hinweg. Dann kommen noch die Lieferungen von Natriumcarbonat, Aktivkohle, Gas und Öl und die Abtransporte von Filterstäuben und Schlacken hinzu, die ich mit 127 Fahrzeug-Bewegungen veranschlagt habe. Das heißt, wir haben über 500 Fahrzeug-Bewegungen pro Tag.

Wie hoch ist der CO₂-Ausstoß der Anlage selber?

Der beläuft sich auf 0,8 Tonnen Kohlendioxid pro verbrannter Tonne Abfall. Die Verwendung von fossilen Energieträgern würde einen wesentlich geringeren CO₂-Ausstoß zur Folge haben, denn um auf den gleichen Heizwert von Kohle oder Gas zu kommen, müssen Sie mindestens die doppelte, wenn nicht sogar die dreifache Menge von Abfällen verbrennen. Wenn Sie dann noch bedenken, dass wir in den Emissionen noch andere Schadstoffe drin haben wie zum Beispiel Fluorkohlenwasserstoffe, die einen wesentlich höheren Klima-Effekt haben als Monoverbrennungsstoffe wie Kohle, Gas und Öl, dann haben wir eigentlich durch Abfall einen wesentlich größeren Umweltschadigungsgrad als durch fossile Energien. Und was mich dabei am meisten ärgert: Es gibt für diese Anlagen auch noch die Möglichkeit, an der Leipziger Stromhandelsbörse etwas gutgeschrieben zu bekommen.

Wie das?

Es wird argumentiert, dass die Abfallmengen fossile Energieträger ersetzen. Und mit diesen so genannten positiv erzeugten CO₂-Mengen können dann Chemie-Werke wie BAYER ihre negativ erzeugten CO₂-Mengen verrechnen. Das sind 17 Euro die Tonne - es war sogar schon mal 65 Euro die Tonne - , die man durch die Verbrennung von Abfällen erzielen kann.

Sie kritisieren auch das in Brunsbüttel zur Anwendung kommende trockene Verfahren der Rauchgas-Reinigung?

Auf jeden Fall, gerade wenn Sie die Unfallträchtigkeit von Abfallverbrennungsanlagen in Betracht ziehen. Ich will Ihnen mal ein Beispiel nennen. 2001 gelangte in Weisweiler - wahrscheinlich durch kriminelle Energie - eine Tonne Quecksilber in eine Müllverbrennungsanlage hinein. Die hat natürlich die gesamte Anlage kontaminiert, und nur dadurch, dass es eine sehr hochwertige, nasse Rauchgas-Reinigung gab, ist diese Menge überhaupt erfasst worden. Hätte man eine trockene Rauchgasreinigungsanlage gehabt mit dem SNCR-Verfahren, wäre diese überhaupt nicht in der Lage gewesen, diese Mengen abzuscheiden. Deshalb plädieren wir für mehrstufige Rauchgasreinigungsanlagen, mit Nassverfahren, Gewebefilter und Katalysator oder Elektrofilter.

Unterscheiden sich Müllkraftwerke überhaupt von normalen Müllverbrennungsanlagen?

Das ist im Prinzip dieselbe Sache. Viele Anlagen wie z. B. Bamberg oder Würzburg oder Augsburg sind nur mit Wasser- oder Luftkühlung zusätzlich ausgestattet worden, so dass sie auch heizwertreiche Abfälle verbrennen können.

Es gibt ja gerade einen regelrechten Boom an Müllkraftwerksbauten.

Ein entscheidender Grund dafür ist die 2013 anstehende Novellierung der 17. Bundesimmissionsschutz-Verordnung. 2013 wird es unter anderem eine Halbierung der Grenzwerte für Stickoxide geben auf 100 mg pro Kubikmeter. Die derzeit in Planung befindlichen Rauchgasreinigungsanlagen in Deutschland werden diesen geforderten Wert nicht einhalten können. Und wenn sie jetzt gebaut und fertiggestellt werden und nicht in drei oder vier Jahren, gelten sie als Altanlagen, die nicht diese neuen höheren Grenzwertnormen einhalten müssen. Sie haben dann Übergangsfristen nach Zumutbarkeit, mit der Größe ihrer finanziellen Rücklagen als Kriterium - das steht so drin im Bundesimmissionsschutz-Gesetz. Dabei stellt die Novellierung schon einen Kniefall vor der Industrie dar, denn es ist eigentlich keine Verschärfung, sondern das, was Anlagen heute schon als Mindeststandard einhalten. In den Niederlanden wird hingegen seit 1995 in den Gesetzen gefordert, dass Abfallverbrennungsanlagen einen Grenzwert von 70 mg einhalten müssen. Sie sehen daran, dass wir in Deutschland wirklich nicht den höchsten Umweltstandard haben, wie Politiker gerne behaupten. Wenn Sie sich z. B. die 1995 nachgerüstete Müllverbrennungsanlage in Bielefeld anschauen, die im Jahresmittel die vom Bundesimmissionsschutz-Gesetz geforderten Grenzwerte um 90 Prozent unterschreitet, dann wissen Sie, was derzeit der Stand der Technik ist. Und wenn ich dann höre, dass Anlagen heute mit einer schlechten und ineffektiven Rauchgas-Reinigung nach dem nicht-katalytischen SNCR-Verfahren gebaut werden, wie z. B. die 300.000-Tonnen-Anlage in Brunsbüttel, wo ich nachweislich sagen kann, dass die Abfallmengen im Land nicht vorhanden sind, dann läuft da etwas falsch.

spw

» Meinungsstark!

gegen den Zeitgeist der Sachzwänge, Kapitalrenditen und sozialer Ignoranz.

» Links!

im Austausch mit kritischer Wissenschaft, sozialer Bewegung und anderen Parteien.

» In der Sozialdemokratie!

weil nur mit einer linken Volkspartei Reformen für die Menschen möglich sind.

- spw liefert den kritischen Hintergrund zum politischen Alltagsgeschäft - mit Analysen und Kommentaren.
- spw ordnet aktuelle Entwicklungen ein und diskutiert Deutungsmuster.
- spw ist das sozialdemokratische Forum für sozialistische Theorie und Programmdebatte.

» Jetzt spw abonnieren und wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

Weitere Infos und Probeheft unter:
www.spw.de
spw-verlag@spw.de

Die Risiken und Nebenwirkungen von Jatropha

BAYER im Tank



Jatropha-Plantage

Im Mai findet in Bonn die 9. UN-Konferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity) statt. Wichtige Themen werden dabei die negativen Auswirkungen von Agrar-Kraftstoffen, Pestiziden und Gentechnik für die biologische Vielfalt sein. Gleichzeitig versuchen BAYER, MONSANTO und andere Firmen, die UN als Werbeplattform für ihre Technologien zu missbrauchen.

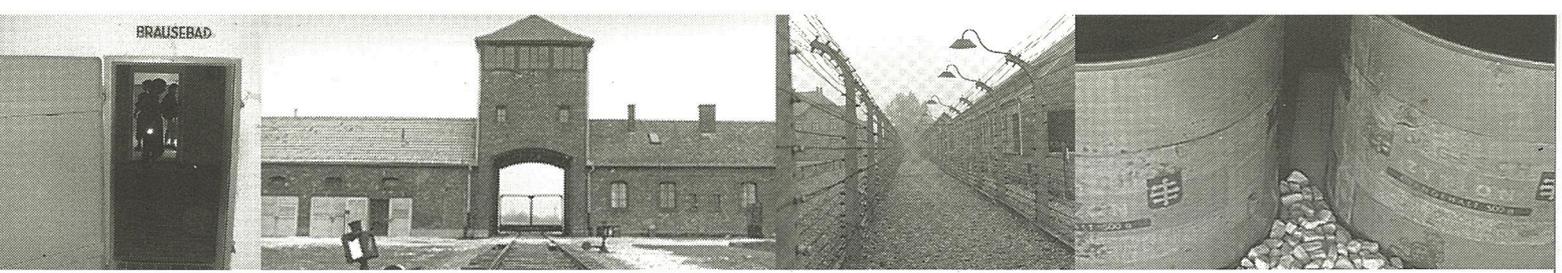
Von Susanne Gura (AG Biodiversität des FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG)

Mit großem Aufwand präsentierte BAYER CROPSCIENCE Anfang Januar eine neue Kooperation mit DAIMLER und dem Nahrungsmittel-Konzern ARCHER DANIELS MIDLANDS. Gemeinsam wollen die drei Unternehmen den Anbau der tropischen

Ölpflanze Jatropha, eine der zur Zeit am meisten propagierten Kraftstoff-Pflanzen, forcieren.

BAYER behauptet, dass sich Jatropha auf „Grenzertragsböden in tropischen und subtropischen Klimata anbauen lässt, also

auf Flächen, die sich nicht für die Produktion von Nahrungsmitteln eignen“. Allerdings ist geplant, die Ölfrucht auch an Standorten anzubauen, die von der lokalen Bevölkerung intensiv genutzt werden, und zwar als Weideland und zur Samm-



+++STICHWORT BAYER DOSSIER+++



BAYERs Vergangenheitspolitik I

Der Publizist Otto Köhler stellt BAYERs willige Historiker in zwei Texten vor.

1. BAYERs Haus-Historiker

Was bisher geschah: Der britische Historiker Adam Tooze schrieb das vorzügliche Buch „Ökonomie der Zerstörung“ über die enge Kooperation der deutschen Industrie mit Hitler. Das entlockte dem Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler eine begeisterte Rezension („außergewöhnliche Forschungs- und Interpretationsleistung“), die er sich nicht erlauben durfte, weil er just zuvor im Fall des linken italienischen Altphilologen Luciano Canfora dekretiert hatte, der „Mythos“, Hitler sei mit Unterstützung durch die deutsche Großwirtschaft ins Reichskanzleramt eingezogen, sei „endgültig zerstört“.

Tooze wiederum verlässt sich - trotz seines richtigen Urteils über die deutsche Großindustrie - oft auf Unternehmenshistoriker, die wie der IG-FARBEN-Forscher

Peter Hayes oder der Bielefelder BASF-Federhalter Werner Abelshäuser groß im Erfinden von mildernden Umständen für Hitlers Wirtschaftsleute sind. Und die - wie Wehler voller Anerkennung über die Werke seines Bielefelder Kollegen Abelshäuser urteilt - „zum Kernbestand einer deutschen ‚New Business History‘“ gehören.

Der dritte Mann, den Tooze als wichtige Quelle benutzt, ist auch ein Produkt Bielefelder Geschichtswissenschaftspolitik: Gottfried Plumpe, bis vor kurzem BAYER-Vorstandsmitglied und Professor gar. Tooze hat immerhin gemerkt, dass Plumpes Wissenschaft „problematischer“ ist als die von ihm geschätzten Werke von Hayes und Abelshäuser.

Aber zum Opfer gefallen ist er Plumpe gleichwohl. Etwa, wenn er ihm - mit den entsprechenden Folgerungen - abnimmt,

das Treffen zwischen Hitler und der INTERESSENGEMEINSCHAFT FARBEN habe erst „im Herbst 1932, unmittelbar nach dem spektakulären Erfolg der Nationalsozialisten bei den Juliwahlen“ stattgefunden. Und nicht schon im Juni. Die IG habe „mit dieser Aktion letztlich nichts anderes getan, als sich nach allen Seiten abzusichern“ (Tooze, S. 146 f.).

Doch Plumpe, mit dem Tooze diese Behauptung belegt, ist eine trübe Quelle. Ich lernte ihn auf der Frankfurter Buchmesse 1986 flüchtig beim Verlagsempfang für Bernhard Sinkels IG-FARBEN-Film „Väter und Söhne“ kennen. Der damals noch junge Mann - er hatte die IG-Chronologie im Anhang zu Sinkels Filmbuch verfasst - raselte Daten, Fakten, Zahlen aus der IG-Geschichte mit verblüffender Präzision herunter. Offiziell war er seit 1987 in der Konzernverwaltung des IG-Nachfolgers



Stichwort Bayer Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort Bayer

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf * Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911.
Fax: (0211) 333 940 * e-mail: CBGnetwork@aol.com * www.CBGnetwork.org



++STICHWORT BAYER DOSSIER++

BAYER AG tätig und beteiligte sich maßgebend an der 1988 erschienenen BAYER-Jubiläumsfestschrift „Meilensteine“. Gleichwohl konnte er sich im selben Jahr an der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bielefeld mit einer Arbeit über „Die IG-FARBENINDUSTRIE AG: Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945“ habilitieren, die 1990 bei der DUNCKER & HUMBLOT GmbH in Westberlin als Buch erschien. Ein solcher Zusammenhang zwischen dem Werk, das der Autor schreibt, und dem Werk, in dem er verdient, mag in der Buchproduktion nicht ungewöhnlich sein. Es ist aber schwer vorstellbar, dass - zumindest damals - eine Universität, die Wert auf ihren Ruf legt, eine solche Habilitationsarbeit zulässt. Unabhängiges wissenschaftliches Urteil ist dort nicht mehr möglich, wo es in die vom Untersuchungsgegenstand geführte eigene Personalakte eingehen kann. Doch an der Universität Bielefeld war das möglich.

Das Treffen mit Hitler

Das schon erwähnte Geheimgespräch von 1932 zwischen Hitler und zwei Abgesandten der IG FARBEN, bei dessen Schilderung und Wertung sich Tooze auf Plumpe verlässt, wäre womöglich geheim geblieben. Doch im Nürnberger IG-FARBEN-Prozess in den Jahren 1947/48 tauchte der Entwurf für die 1941 geplante Festschrift „Leuna - 25 Jahre im Kampf um Deutschlands Freiheit“ auf, in der sich einer der IG-FARBEN-Abgesandten, Heinrich Bütefisch, des Treffens mit dem Führer rühmte. Es habe Hitler die „beruhigende Gewissheit“ vermittelt, Deutschland könne dank der IG „in der Treibstoffversorgung für die Luftwaffe und die wichtigsten Teile der übrigen Wehrmacht (...) von fremder Zufuhr unabhängig“ sein.

Das Geheimgespräch war eine wichtige Station in der Geschichte der IG FARBEN. Denn es ging um die Fortführung der Benzinhydrierung aus Kohle, eine IG-Erfindung in Leuna, die dem Konzern schwer-

ste Verluste bereitete. Man hatte sich verspekuliert: Die IG rechnete in den zwanziger Jahren mit dem Versiegen der Ölquellen und wollte mit der synthetischen Produktion von Benzin aus Kohle Riesengewinne machen. Doch der Benzinpreis auf dem Weltmarkt sank und sank, zuletzt auf 5,6 Pfennige pro Liter, die IG aber konnte den Preis für ihr synthetisches Benzin aus den neu geschaffenen Hydrieranlagen in Leuna nicht unter 20 Pfennig drücken. Der Konzern geriet in eine Krise, und es gab Krach in der Interessengemeinschaft. Aufsichtsratsvorsitzender Carl Duisberg plädierte für die sofortige Einstellung der Benzinproduktion; Vorstandsvorsitzender Carl Bosch und sein engster Mitarbeiter Carl Krauch wollten unbedingt weitermachen. Bosch schickte seinen Vertrauten Heinrich Gattineau zusammen mit dem Direktor des Hydrierwerkes in Leuna, Heinrich Bütefisch, zu Hitler nach München.

Hitler sah sofort ein, dass der „deutsche Treibstoff“ subventioniert werden musste - „selbst unter Opfern“. Denn die Unabhängigkeit vom Welterdölmarkt war, das wusste er, kriegswichtig. „Die technische Durchführung muß ich Ihnen überlassen. Dafür sind Sie da“, sprach der Führer zu den IG-Vertretern und fügte hinzu: „Unser Weg aber deckt sich.“ Bütefisch: „Dieses Ergebnis der Unterredung mit dem Führer bedeutete für Leuna damals eine große Stütze. Jetzt konnte die Hydrierung bedenkenlos durchgehalten werden. (...) Die führenden Leute der IG-FARBEN-Industrie fassten nunmehr den entscheidenden Entschluss, den Betrieb in Leuna auch unter Opfern aufrechtzuerhalten.“

Tatsächlich beschloss die IG-Führung unmittelbar nach dem Juni-Treff mit Hitler - im Juli 1932, wie Bütefisch wiederholt bestätigt -, die Benzinhydrierung weiterzuführen. Nach der Machtübergabe, im Dezember 1933, unterzeichnete Bosch zusammen mit seinem späteren Nachfolger Hermann Schmitz, den Hitler gerade in die NSDAP-Reichstagsfraktion aufge-

nommen hatte, den Benzinvertrag, der die IG aller Sorgen enthob. Noch 1986 - in der Chronologie zu Bernhard Sinkels Filmbuch „Väter und Söhne“ - schrieb auch Gottfried Plumpe auf Seite 435 korrekt: „Die Weiterführung der verlustreichen Hydrierarbeiten wird in der I.G. zunehmend umstritten: Nach harten Auseinandersetzungen wird im Juli 1932 die Fortführung der Arbeiten, wenn auch auf verringertem Niveau, beschlossen (...)“

Wenige Wochen nach Erscheinen der Plumpe-Chronologie legte ich mein IG-FARBEN-Buch vor, in dem ich anhand von Hitlers Itinerarium - ein vom Institut für Zeitgeschichte geführtes Tagebuch für Hitler - nachweisen konnte, wann der Besuch beim Führer stattgefunden haben musste. Es gab unterschiedliche Angaben, ob das Treffen im Juni 1932 stattfand, wie Bütefisch 1941 diktierete, oder im November, wie sein Begleiter, der auch sonst bei Datierungen unzuverlässige Gattineau, in Nürnberg aussagte. Auch die Historiker, soweit sie sich überhaupt für dieses historische Treffen interessierten, übernahmen mal die eine, mal die andere Angabe, ohne sie beweisen zu können. Denn keiner kam auf die Idee, die über das Treffen gemachten Angaben - im Wahlkampf, einen Tag zuvor hatte Hitler in München gesprochen - mit Hitlers Itinerarium zu vergleichen: Da bleibt als einziger Termin für die Zusammenkunft Hitler/IG FARBEN im Jahr 1932 der 25. Juni. Doch da reagierte Plumpe schnell. Den Termin vom Juli 1932 für die IG-FARBEN-Entscheidung zur Fortführung der schwer defizitären Benzinsynthese erwähnte er nicht mehr. Plötzlich schrieb er in seiner Bielefelder Habilitationsschrift - ohne eine Begründung für den Sinneswandel zu liefern: „Die entscheidende Sitzung des Zentral-Ausschusses, auf der über die Weiterführung der Mineralölsynthese beschlossen werden sollte, fand am 21. und 22. Dezember 1931 im Leunawerk statt.“ Und, doppelt hält besser: „Endgültig legte sich die I.G. dann am 18.6.1932





+++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

auf die Weiterführung der Mineralölsynthese fest.“ Also nicht nach, sondern genau eine Woche vor dem Treffen mit Hitler am 25. Juni 1932, das Plumpe nun wiederum in den November verlegte.

Auch sonst sichert Plumpe das Treffen ab. Die IG hielt den Kontakt geheim? Na bitte, der beste Beweis, wie unwichtig er war! Plumpe: „Seine politische Bedeutung ist gering, da der I.G. offensichtlich daran gelegen war, die Angelegenheit so diskret wie möglich abzuwickeln, um nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, es gebe wichtige Kontakte des Unternehmens zur NSDAP.“

Den Krieg gerettet

So wie die IG FARBEN im Juni 1932 mit dem Benzinpakt den Weg in den Zweiten Weltkrieg bahnte, so wurde auch der Erste Weltkrieg dank der IG-Vorläufer BASF und BAYER gerettet, als er vorzeitig zu enden drohte. Deutschland hätte nämlich 1915 kapitulieren müssen, schlicht aus Munitionsmangel, weil die deutschen Militärs bei ihren umfangreichen Kriegsvorbereitungen und Aggressionsplänen einen entscheidenden Punkt übersehen hatten. Zur Produktion von Munition brauchte man damals noch Salpeter aus Chile. Die Einfuhr aber wurde von der englischen Flotte blockiert. Im Frühjahr 1915 wären die letzten Vorräte zu Ende gegangen. Deutschland hätte rechtzeitig vorher den Frieden suchen müssen - nein dürfen - unter damals noch günstigen Bedingungen. Millionen von Menschen hätten überlebt.

Doch die BASF hielt den deutschen Krieg am Leben. Sie hatte, um die Menschheit vor dem Hungertod zu bewahren, das Haber-Bosch-Verfahren entwickelt, das es erlaubte, aus der Luft, aus Stickstoff, Kunstdünger zu entwickeln. Im September 1913 wurde in Oppau die erste Produktionsstätte angefahren. Ein Jahr später - im Oktober 1914 machte die BASF dem Kriegsministerium das berühmte Salpeterversprechen - wurde das Haber-Bosch-

Verfahren von der Düngerherzeugung auf Munitionsherstellung umgestellt, um die soeben gerettete Menschheit jetzt zu Tode zu bringen. Damit begann, so drückt es Plumpe formvollendet aus, „das Engagement der Farbstoffindustrie für die deutsche Rüstungsproduktion“. Für den Autor eine Problemlösung: „Damit war das Salpeterproblem in Deutschland gelöst, die Munitionsproduktion konnte aufrechterhalten und ausgebaut werden, der Krieg weitergehen.“ Das war eine begrüßenswerte Entwicklung. Denn, so Plumpe: „Unter den gegebenen Bedingungen der deutschen Kriegswirtschaft war der weitere Ausbau der Stickstoffgewinnung sowohl aus militärischen Gründen als auch zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung dringend geboten.“

Das alles ist wissenschaftlich haltbar. Plumpe geht nun einmal von den Bedingungen der Kriegswirtschaft aus. Über das Faktum - die Interessengemeinschaft hat den Krieg gerettet - besteht Einigkeit. Plumpe ausdrücklich: „Mit ihrem Engagement für die deutsche Kriegswirtschaft trug die deutsche Farbstoffindustrie in erheblichem Maße dazu bei, die weitere Kriegführung überhaupt zu ermöglichen.“ Dem Mann, der in seiner Einleitung bemerkenswerte „Thesen zum Verständnis unternehmerischen Handelns“ aufstellt - „Ertragsmaximierung“ ist „prinzipielles Ziel“ -, muss es auch erlaubt sein, kriegswirtschaftlich zu denken - ohne Rücksicht auf die Leichenberge, über die er dabei zu klettern hat.

Heilige Kriegsgewinne

Mitglieder einer *communitas scientiae* - das wissen wir schon von Plumpes Kollegen Wehler - können DDR-Historiker nicht sein. Sobald Plumpe in einer Fußnote auf so einen traf, sonderte er in einer allergischen Reaktion Schnellurteile ab wie „dubios“, „spekulativ“, „unseriös“, „partei-marxistisch“; kurz: Es „erübrigt sich daher, näher auf die entsprechenden Thesen einzugehen“.

Solch ein Fall ist Hellmuth Weber, der 1966 in der inzwischen abgewickelten Deutschen Akademie der Wissenschaften eine Untersuchung über „Deutsche Kriegspolitik 1916-1918“ publizierte. Es geht um das Hindenburg-Programm von 1916 zur totalen Kriegführung und zur Verdoppelung der für die Farbenindustrie so lukrativen Munitionsproduktion. Das wurde über den Generalstabsobersten Max Bauer maßgeblich von BAYER-Chef Carl Duisberg beeinflusst - was Plumpe energisch bestreitet. Plumpe beruft sich dabei auf eine solch klare Quelle wie „Meine Kriegserinnerungen“ des Hindenburg-Vize Erich von Ludendorff. Und auf einen Brief, den Duisberg am 10. September 1916 seinem Vertrauten, dem Obersten Bauer in der Obersten Heeresleitung, geschrieben hatte. Plumpe: „Weber, der den ganzen Brief nicht kennt, stellt Spekulationen über seinen Inhalt an, die als Musterbeispiel für ideologische Deduktionen gelten können. Der Brief zeigt, dass sie falsch sind.“

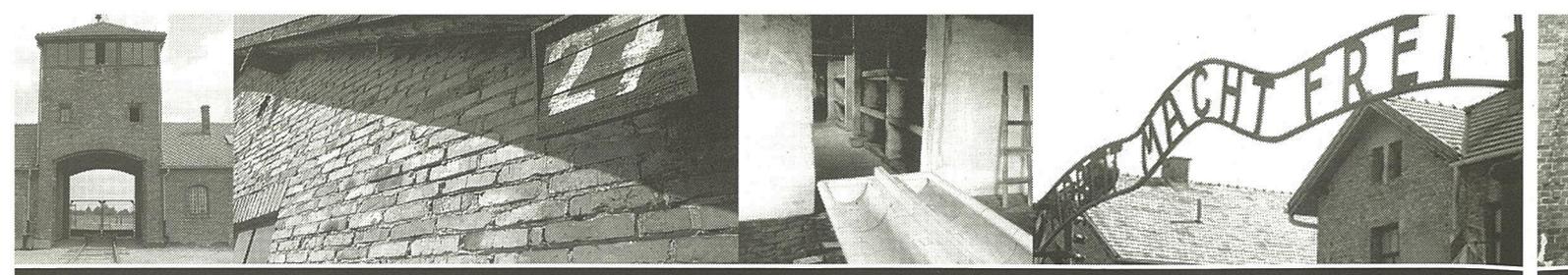
Plumpe, der kein einziges wörtliches Zitat aus dem Brief bietet, verließ sich offensichtlich darauf, dass der Duisberg-Brief nur bei ihm im BAYER-Archiv liegt. Sein Pech - da liegt vermutlich der Durchschlag. Denn das Original ist im Bundesarchiv allgemein zugänglich: im Nachlass Bauer. Und kein Brief ist so geeignet wie dieser, um das zu zeigen, was Plumpe ideologische Spekulationen nennt - wüste und wilde Spekulationen sogar müsste sie Plumpe von seinem speziellen Standpunkt im BAYER-Konzern aus nennen.

Duisberg freut sich in diesem Brief, dass wieder, wie schon 1914, der „Munitionsmangel (...) uns zusammenführte und uns nicht nur menschlich näher brachte, sondern auch praktisch in die Speichen des Kriegsrades eingreifen ließ“. Und er ist keineswegs - wie Plumpe behauptet - überrascht über die geforderte Verdoppelung der Munitionsproduktion. Umgekehrt, er und sein Kollege Gustav Krupp wollten das Hindenburg-Programm noch übertref-



Stichwort Bayer Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort Bayer

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf * Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 * e-mail: CBGnetwork@aol.com * www.CBGnetwork.org



++STICHWORT BAYER DOSSIER++

fen. Und so beschwert er sich bei Bauer über das Kriegsministerium: „(...) wir wurden gebremst, wenn wir uns weiter betätigen wollten, wir wurden verärgert und in die Schranken des bürokratischen, geschäftsordnungsmäßigen Betriebes zurückgewiesen, wir wurden geschimpft und gescholten, wenn wir uns rührten und regten und aus dem gewohnten Gleise heraustraten. Anstelle dankbarer Anerkennung, wie wir sie erwarten konnten, und wie sie zeitweise auch gewährt wurde, trat die übliche, nie Lob, aber wohl Tadel zeigende Amtsmiene, trat Krittelei und Nörgelei und von der Reichstagsmehrheit gewünschte Knauserei.“ Besonders heilig waren Duisberg, aber nicht nur ihm, die Kriegsprofite. Dem in einem Schreiben des Kriegsministeriums geäußerten Begehren, die an Rüstungsaufträgen wild verdienende Industrie solle sich in die Bücher gucken lassen, begegnete er mit verständlicher Wut. Auf dieses Verlangen gebe es, schrieb Duisberg im Brief an Bauer, „keine Antwort als die von der gesamten Industrie beschlossene Ablehnung dieses Eindringens in die tiefsten Geheimnisse unserer Privatwirtschaft, um entweder die Schwachen, Ängstlichen und nicht auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit Stehenden zu falschen Mitteilungen zu veranlassen oder den Tüchtigen, Starken und Aufrichtigen aus den Einzelheiten ihrer Preisaufstellung einen Strick zu drehen“. Duisbergs Brief, dessen wahren Inhalt Plumpe kennt und unterschlägt, hatte Erfolg: Zwei Monate später wurde der von ihm angeklagte Kriegsminister Adolf Wild von Hohenborn entlassen, der BAYER-Profit am Krieg blieb unangetastet.

Unrühmlicher Abgang

Das BAYER-Archiv, aus dessen ihm zugänglichen Schätzen Gottfried Plumpe auf solche Weise seine Habilitationsschrift mit viel Takt und Diskretion gebastelt hatte, feierte, am 26. November, mit einer Tagung der Gesellschaft für Unter-

nehmensgeschichte e. V. in Leverkusen sein 100jähriges Jubiläum. Den Festvortrag „Carl Duisberg und das moderne Unternehmen“ hält aber nicht der dafür doch eigentlich prädestinierte Haus-Historiker Gottfried Plumpe, sondern Professor Werner Plumpe von der Goethe-Universität Frankfurt. Die beiden verbindet nämlich nur der Name, nicht aber der Titel, wie sich herausstellte. Plumpe1 schmückte sich fälschlicherweise mit dieser Bezeichnung und musste seinen Posten räumen.

So endete dann Gottfried Plumpes BAYER-Karriere, die 1987 begann. In diesem Jahr trat er in die Konzernverwaltung ein, wurde Leiter der Öffentlichkeitsarbeit, stieg, nachdem es ihm gelungen war, sich aus dem Archiv seines Arbeitgebers über seinen Arbeitgeber in Bielefeld zu habilitieren, in den Konzernstab „Unternehmenspolitik“ ein und wurde Referent des Vorstandsvorsitzenden. 1996 berief ihn laut *manager magazin* die - nach dem Gründer des Metro-Konzerns benannte - Otto-Beisheim-Universität in Vallendar bei Koblenz zum Honorarprofessor. 1999 wurde er Leiter der Konzernplanung und des Controlling. 2002 sollte Plumpe laut *manager magazin* im BAYER-Vorstand das Finanzressort von Werner Wenning, der Vorstandsvorsitzender wurde, übernehmen. Doch dann ging es bergab. 2003 wurde der Professor (der Titel stand in jeder Presseverlautbarung) als Aufsichtsratsvorsitzender der BAYER RESTAURANT + SERVICE GmbH eine Art Frühstücksdirektor, der neue Firmenkasinos eröffnete oder nach Brasilien reiste. Dann kam das Aus. BAYER teilte mit, dass Gottfried Plumpe - diesmal ohne Professor, in Vallendar ist er auch nicht mehr tätig - das Unternehmen „im gegenseitigen Einvernehmen“ verlassen hat. Wo er verblieben ist, wie er zum Titel „Professor“ kam, von dem man in Vallendar nichts weiß, darüber hat Andrea Knebel von der BAYER-Presseabteilung „Unternehmenspolitik“ keine Informationen, wie sie sagt,

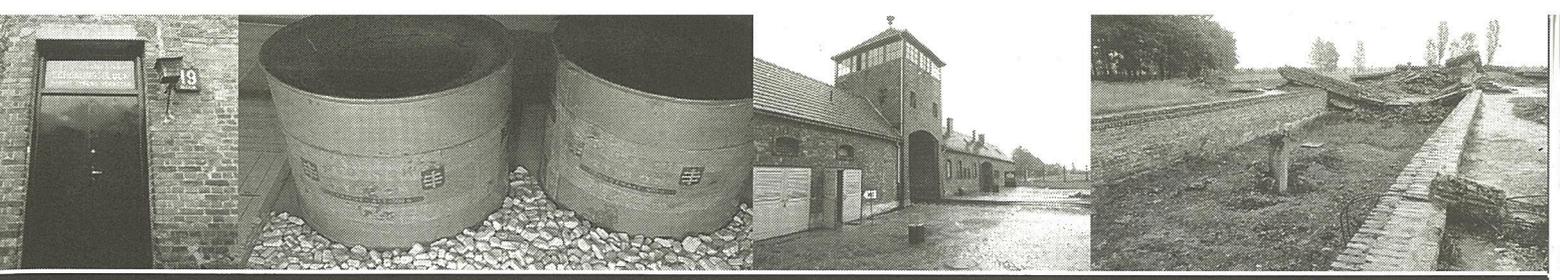
und der Plumpe-Assistent, der das wissen könnte, sei mit ihm ausgeschieden. Günter Forneck, Leiter der Presseabteilung, der zunächst mutmaßt, Plumpe sei Professor in Vallendar, sagt, sein Ausscheiden habe nichts mit dem Professorentitel zu tun. Der Grund müsse „nicht unbedingt ein Fehlverhalten“ sein.

Das ist dieselbe Begründung, mit der sich soeben die BERTELSMANN-Stiftung von ihrem langjährigem Vorstandsmitglied Professor Werner Weidenfeld trennte, nachdem die Staatsanwaltschaft wegen Betrugsverdacht Hausdurchsuchungen an seinen beiden Wohnsitzen durchführte.

SPIEGEL online veranstaltet davon unabhängig zur Zeit ein Quiz über bestimmte Formulierungen - Codes - in der Zeugnissprache und fragt: „Was bedeutet: ‚Wir haben uns im gegenseitigen Einvernehmen getrennt‘“ Einzig richtige Antwort: „Dem Arbeitnehmer musste das Ausscheiden nahe gelegt werden, sonst wäre er gekündigt worden.“ Unbedenklich für den weiteren Berufsweg sei übrigens nur die Formulierung: „Herr (...) verläßt das Unternehmen auf eigenen Wunsch.“ Herr Plumpe hat nach den BAYER-Mitteilungen einen solchen Wunsch nicht geäußert.

Mit der Entlassung zeigte sich BAYER einigermaßen undankbar. Plumpe hat sich - wie das Tooze-Buch beweist - gerade auch im Bereich der Geschichtswissenschaft unbezahlbare Verdienste um BAYER (samt IG FARBEN) erworben. Und jetzt setzt man ihn, dem noch eine ganz große Karriere bei BAYER zu winken schien, ganz einfach vor die Tür, obwohl er doch zuvor seine Aufgaben als Unternehmenshistoriker mit äußerster Gewissheit jederzeit zur vollsten Zufriedenheit der BAYER AG ausgeführt hat.





+++STICHWORT BAYER DOSSIER+++



BAYERs Vergangenheitspolitik II

2. BAYERs „Außer Haus“-Historiker

Am 26.11.2007 beging der BAYER-Konzern den 100. Geburtstag seines Firmen-Archivs. Das ist eigentlich ein recht unfeierlicher Anlass, denn in den Giftschränken lagert so manches eher Unappetitliches. Damit das nicht auf die Stimmung drückt, beauftragte der Chemie-Multi die Profis von der „Gesellschaft für Unternehmensgeschichte“ mit der Entsorgung der Vergangenheit. „100 Jahre Corporate History & Archives. BAYER - eine spannende Geschichte“ - so hieß die zu diesem Behufe initiierte Tagung.

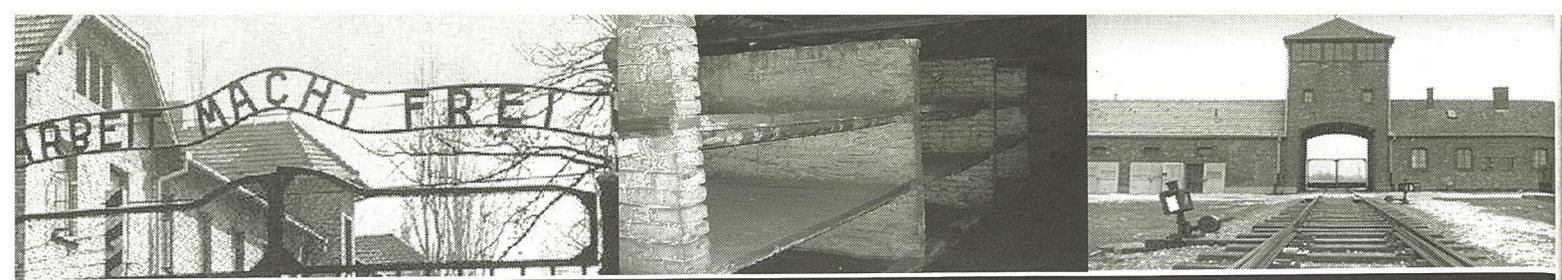
Unternehmensgeschichte, nein „Corporate History“, wie diese Tagung es nennt, und das ist die viel plausiblere Bezeichnung, also diese Art von Wissenschaft findet seit drei Jahrzehnten in der „Gesellschaft für Unternehmensgeschichte“ ihre Heimat. Sie wurde am 10. Juni 1976 - mit dem allerhöchsten Segen und der nachdrücklichen Förderung von Hermann Josef Abs, dem großen alten Ackermann der DEUTSCHEN BANK im Krieg und Nachkrieg - als Kampforganisation gegen politisch falsche Geschichtsdeutungen gegründet. Sie sollte der „Gegenpol“ sein zur „marxistisch orientierten Betriebs-

geschichte der DDR“ und „zu ideologisch befrachteten Historikern in West-Deutschland“. Mit der Gründung der „Gesellschaft für Unternehmensgeschichte“ wurde - das verriet zu ihrem 20jährigen Jubiläum einer ihrer umtriebigen Funktionäre, der damalige *Faz*-Mitherausgeber Jürgen Jeske - „die Unternehmensgeschichte gewissermaßen privatisiert“. Inzwischen sind die falsch orientierten HistorikerInnen aus dem Osten längst abgewickelt und die befrachteten HistorikerInnen im Westen weitgehend vereinnahmt. Und da andererseits auch - wie man ein Jahr später auf einer Tagung na-



Stichwort Bayer Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort Bayer

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf * Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 * e-mail: CBGnetwork@aol.com * www.CBGnetwork.org



++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

hezu fröhlich versicherte - die Unternehmer gestorben sind, die in der NS-Zeit tätig waren, und auch die von ihnen beeinflussten Nachfolger meist schon pensioniert wurden, konnte man sich endlich mit Schwung des leidigen Themas annehmen.

Weißwäscherei

„Unternehmen im Nationalsozialismus“ - so hieß die von der „Gesellschaft für Unternehmensgeschichte“ im Sommer 1997 veranstaltete Tagung. Das Ambiente war gut gewählt. Man traf sich im Poelzig-Bau, wie die Gesellschaft schamhaft die IG-FARBEN-Festung an der Frankfurter Grüneburg nannte. Dort also, von wo der „Rat der Götter“ (interne Eigenbezeichnung für die IG-FARBEN-Spitze) seine Beihilfe leistete, um den Führer auf den rechten Weg zu bringen. Der zweite Gesamtleiter der Tagung, Professor Manfred Pohl, festangestellter Historiker der DEUTSCHEN BANK, weshalb er sich auch als Schatzmeister der „Gesellschaft für Unternehmensgeschichte“ empfahl, hatte dafür gesorgt, dass das Arbeitspult des Hermann Josef Abs herbeigeschafft wurde, damit die freie Rede der eingeladenen HistorikerInnen vom richtigen Standpunkt aus erschalle.

Doch bei Henry A. Turner, dem wohlgeratenen Historiker von der Yale University, hätte es des Abs-Pultes nicht bedurft. Er wusste damals schon lange, was richtig ist, und verstand es vorzüglich, sein eigentlich entlarvendendes Wissen über die Unternehmer im Dritten Reich so zu trimmen, dass irgendwie ein Widerstand gegen Hitler dabei rauskam. Oder wenigstens ein Zustand der vergewaltigten Unschuld.

Turners Einführungsvortrag zur Tagung geriet zum Freispruch für das deutsche Unternehmertum. Es habe bei den Ereignissen, die Hitler zur Macht brachten, keine nennenswerte Rolle gespielt. Die Unternehmer seien allenfalls Mitläufer gewesen. Denn ihnen sei es nun einmal so gegangen wie allen anderen Berufs-

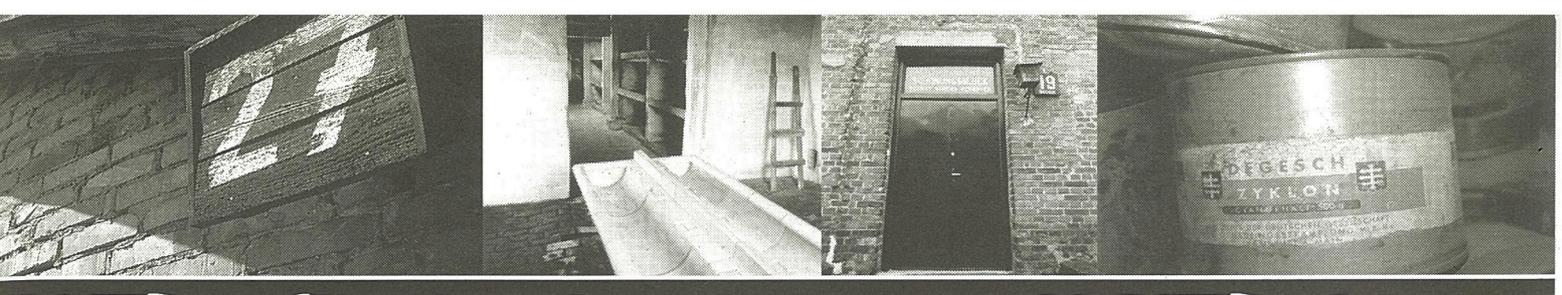
gruppen auch: Sie wurden - da muß man sie schon bedauern - „immer tiefer in den moralischen Sumpf des Dritten Reiches gezogen“. Aber, so erfreute Turner seine ZuhörerInnen, auch bei ihm in den USA habe es nun einmal die ethische Maxime „My country, right or wrong“ gegeben. Und da wäre es „anachronistisch“, würde man die deutschen Unternehmer nachträglich mit „Maßstäben von heute“ richten. Nicht jeder habe nun einmal das Glück gehabt, so beendete Turner seinen Vortrag mit dem Zitat eines Industriellen, „durch vier jüdische Großeltern“ davor „geschützt“ zu sein, „in die Sünden des Nationalsozialismus“ hineinzuschliddern. Diese Juden, musste das Unternehmerpublikum sich da sagen, haben es doch immer verstanden, sich Vorteile zu verschaffen.

Henry James von der Princeton University, der gerade als Herausgeber eines als „kritisch“ angekündigten Bandes über die DEUTSCHE BANK hervorgetreten war, hatte am Abs-Pult einen festen Stand. Zwar war an die Handakten von Hermann Josef Abs, die die DEUTSCHE BANK nach der siegreichen Wende aus den Archiven der DDR reprivatisierte und in ihre Frankfurter Verliese schaffte, nicht heranzukommen. Doch das Abs-Pult vermittelte dem Historiker aus Princeton das richtige Feeling. Er räumte ein, dass die Banken bei der Arisierung jüdischen Vermögens „schwere moralische Schuld“ auf sich geladen hätten - die DEUTSCHE BANK etwa sei an der Arisierung von 330 Unternehmen beteiligt gewesen. Undankbar aber dürfen die Juden trotzdem nicht sein - es war ein echter Service. Denn, so James: „Hätten die Banken nicht in Deutschland den Verkauf von Vermögenswerten vermittelt, wäre es für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung noch schwieriger gewesen, wenigstens den sehr dürftigen Anteil zu retten, den sie nach den staatlichen Bestimmungen behalten und ins Ausland transferieren durften“.

Ein Jahr später, 1998, wurde es trotzdem für die deutschen Unternehmen ungemütlich. Tagungsleiter Jeske veröffentlichte in seinem Blatt den Leitartikel „Die Unternehmen, die Schuld und das Geld“, in dem er die „Rechtsauffassung“ für durchgesetzt erklärte, dass „die Betriebe im Auftrag der Gefangenenverwaltung“ handelten. Die Nazischerger hätten sie gezwungen, Sklavenarbeiter zu beschäftigen. Der *Faz*-Mann von der „Gesellschaft für Unternehmensforschung“ schrie nach „Rechtsfrieden“, nach dem „Schutz vor neuerlichen Klagen mit Hilfe der amerikanischen Regierung“. Und er beteuerte: „Die heutigen Unternehmen verdanken ihren ‚Reichtum‘, auf den man so gern verweist, in erster Linie der Aufbauleistung nach dem Krieg und nicht der Zwangsarbeit“.

Jeskes Vereinskollege Manfred Pohl, der Chef des Historischen Instituts der DEUTSCHEN BANK, wusste in der *Faz* von Unternehmern zu berichten, die gerade in den USA waren, dass „ihnen ein ziemlich kalter Wind entgegenbläst“, von „Anzeigenkampagnen“ der Opferanwälte, die „durchaus Wirkung gezeigt haben“. Man müsse befürchten, „dass verschiedene amerikanische Staaten, wie Kalifornien das ja teilweise schon gemacht habe, Gesetze auf den Weg bringen, die das Ganze noch verschärfen werden“.

Jetzt sollte der Jude büßen, der bekanntlich immer noch hinter allem steckt: „Es könnte natürlich in Deutschland eine neue Welle von Antisemitismus entstehen“, drohte Manfred Pohl, der für die Finanzierung der „Gesellschaft für Unternehmensforschung“ sorgte. Drei Tage später echoete die *Welt*-Schlagzeile aus der Hauptstadt der Berliner Republik: „Die antisemitische Stimmung in Deutschland wächst“. Konnten die Unternehmer etwas dazu, dass diese Juden unter den ZwangsarbeiterInnen dem Mordprogramm „Vernichtung durch Arbeit“ nicht zum Opfer fielen? Dass sie immer noch leben? Und jetzt wollen sie auch noch Geld.



+++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

Es half alles nichts. Die deutsche Industrie konnte sich nicht länger aus der Affäre ziehen, ohne einen gewaltigen Einbruch ihres Exports in die USA zu riskieren. Plötzlich gab es „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“, jene Stiftung, der es gelang, die ZwangsarbeiterInnen mit einem Almosen abzuspeisen. Doch die „Gesellschaft für Unternehmensforschung“ muss sich auch heute noch ihrem Gesellschaftsziel widmen: der Weißwäscherei.

Kollegen unter sich

Am 26. November 2007 schritt Professor Werner Plumpe im BAYER-Kommunikationszentrum zu Leverkusen zum Rednerpult und sprach über „Carl Duisberg und das moderne Unternehmen“. Was er sagte, ist nicht überliefert, aber was er auf keinen Fall gesagt hat, obwohl es nötig gewesen wäre, das ist unschwer zu eruieren, denn das beschweigen schon seine Publikationen wortreich.

Plumpe wird nicht über Carl Duisbergs Leidenschaft für Kriegsprofite geredet haben, die dieser als die „tiefsten Geheimnisse unserer Privatwirtschaft“ gewahrt wissen wollte. Plumpe wird nicht über den Gaskrieg im Ersten Weltkrieg gesprochen haben, den Duisberg zusammen mit dem späteren Chemienobelpreisträger Fritz Haber initiiert hat. Aus Patriotismus und weil man mit den Chemieabfällen der BAYER-Fabriken etwas Nützliches anfangen musste. Bei den Gasversuchen kam Duisberg selbst zu Schaden und hat das zum Dauerschaden seiner späteren Opfer überlebt.

Plumpe wird auch nicht Duisbergs aggressives Expansionsprogramm erwähnt haben, mit dem der BAYER-Chef 1931 „das europäische Problem von der Südostecke aus aufgerollt“ sehen wollte und dazu ein klares Programm verkündete: „Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zu seiner Behauptung in der Welt bedarf“.

Zehn Jahre später war der damalige Außenminister Joachim von Ribbentrop mit Hilfe der Wehrmacht stark engagiert bei der Verwirklichung dieses Programms und freute sich - etwas zu früh -, dass „der gesamte bisher neutrale Balkan sich im Lager der Ordnung“ befinde. Tatsächlich hat erst die „rot-grüne“ Regierung mit ihrer Bundeswehr entscheidende Schritte zur Verwirklichung des Duisberg-Programms getan, was Professor Plumpe ganz gewiss nicht zum Vortrag gebracht hat. Mit BAYERs geschasstem Haus-Historiker Gottfried Plumpe verbindet ihn nämlich neben dem Namen auch der vergangenheitspolitische Standpunkt.

„Auf meinen Antrag...“

Professor Werner Plumpe schreibt: „Wie weit etwa der Einsatz von Zwangs- und Sklavenarbeit eigeninitiativ veranlasst wurde, ist selbst im Fall des IG-Werkes in Monowitz umstritten“. Und verweist dazu auf Gottfried Plumpe's Buch über die IG FARBEN.

Aber da ist nichts umstritten. In seinem Buch behauptet Gottfried Plumpe, Duisbergs Nachfolger Carl Krauch habe im Nürnberger Prozeß verneint, jemals die Bereitstellung von ZwangsarbeiterInnen für das Werk in Auschwitz beantragt zu haben. Gottfried Plumpe: Es gebe „keine gegenlautende Aussagen oder Dokumente“. Doch das Dokument für Krauchs Antrag auf ZwangsarbeiterInnen steht in seinem eigenen Buch. Es ist der prozessbekannte Brief, den Krauch am 4. März 1941 an seinen für Auschwitz zuständigen Vorstandskollegen, den Giftgasexperten Otto Ambros, richtete: „Auf meinen Antrag und auf Weisung des Herrn Reichsmarschalls“ habe der Reichsführer SS unter dem 26. Februar angeordnet, dass der Aufbau des Werkes in Auschwitz „durch die Gefangenen aus dem Konzentrationslager in jedem nur möglichem Umfange zu unterstützen sei“.

„Umstritten“, wie Plumpe, Werner, behauptet, wird der Einsatz von KZ-Häft-

lingen erst, weil Plumpe, Gottfried, die ersten vier Wörter des Briefes („Auf meinen Antrag und“) in seinem Buch streicht und so den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen in eine Idee des Reichsmarschalls Hermann Göring umfälscht. Er unterschlägt die vier Wörter des Satzanfangs, damit er behaupten kann, es gebe kein Dokument, in dem Krauch ZwangsarbeiterInnen beantragt. Diese ist auch Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen Peter Hayes und Gottfried Plumpe. In einer Fußnote nennt Werner Plumpe sogar die entsprechenden Artikel. Aber hat er sie gelesen? Kaum, wie sonst könnte der Frankfurter Gelehrte in eben dieser Fußnote scheinbar neutral behaupten: „eine Eigeninitiative bei der Beschäftigung von Zwangsarbeitern“ sei nicht dokumentiert.

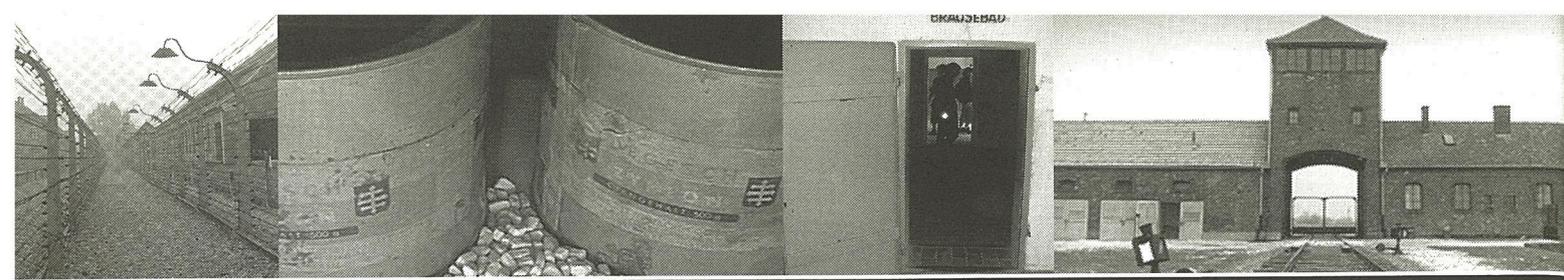
Lob des Privateigentums

Doch der Plumpe mit dem echten Professorentitel zeigt auch sonst Mut im Umgang mit der Geschichte. Zusammen mit dem BASF-Federhalter Werner Abels hauser gab er 2003 einen Sammelband heraus: „Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus“. Ausgerechnet eine Festschrift für den kritischen Wirtschaftshistoriker Dietmar Petzina, die der so wirklich nicht verdient hat. In seinem Beitrag legt Werner Plumpe sein Glaubensbekenntnis zum Thema „Unternehmen im Nationalsozialismus“ ab - dort steht auch die Gottfried-Plumpe-Fußnote. Sein Bekenntnis hebt an mit einer feierlichen Verdammung der „englischen Salon-Marxisten und deutschen Emigranten“ und ihrer bösen Nachrede, „imperialistische Profitgier und Revolutionsangst“ hätten die große Industrie dazu gebracht, „auf die tyrannische Diktatur Hitlers und seinen Kriegskurs zu setzen“. Schlimmer noch: „Eine eigentümliche Allianz aus Marxisten und Liberalen, aus Sozialdemokraten und Vertretern der Frankfurter Schule“ habe „in den Nürnberger Nachfolgeprozessen die folgerichtige



Stichwort Bayer Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort Bayer

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf * Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 * e-mail: CBGnetwork@aol.com * www.CBGnetwork.nrw



+++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

Konsequenz des Verhaltens der großen Firmen vor 1945" gesehen.

Plumpe verdammt solche Thesen voller Mut, vielleicht sogar Übermut. Er sagt: „(...) das Kriegsende und die Besetzung Deutschlands“ hätte „das Karriere-Aus“ für „die Masse“ belasteter Unternehmer bedeutet. Und daran änderten auch „prominente Gegenbeispiele“ nichts, die „in der gegenwärtigen ‚vergangenheitspolitischen‘ Inszenierung gleichwohl prominent herausgestellt“ würden. Dafür nennt er als Beispiel den von dem Historiker Norbert Frei herausgegebenen Sammelband „Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945“.

Professor Plumpe nennt kein einziges Beispiel für dieses „Karriere-Aus“ der belasteten Unternehmer. Und er erwähnt auch nicht, dass die rechtmäßig verurteilten Kriegsverbrecher aus der Industrie lange vor Verbüßung ihrer Strafen aus ihren Gefängnissen freigesetzt wurden. Und schon gar nicht, dass etwa Friedrich Flick, der dort auch viel zu kurz einsaß, unter seinen Kriegsverbrecherkollegen die Karrierechancen für die bundesdeutsche Zukunft verteilte. So etwas ist für die Corporate History, wie sie in Plumpes Verein betrieben wird, ohne Belang.

Allerdings gibt Plumpe zu: „Ein eigenständiges nationalsozialistisches Wirtschaftssystem, etwa im Sinne einer Planwirtschaft, Kommandowirtschaft, Befehlswirtschaft, Zentralverwaltungswirtschaft etc. existierte nicht. Der Nationalsozialismus respektierte grundsätzlich das Privateigentum und die Entscheidungsautonomie privater Unternehmer, wohl wissend, dass eine ‚Verstaatlichung‘ großer Teile der Wirtschaft unweigerlich mit Effizienzverlusten verbunden sein würde“.

Nebenbei: Da hätte sich die bekannte zweite deutsche Diktatur, die DDR, eine Scheibe von abschneiden können, dann bestünde sie heute noch weiter und hätte nach ihrem auch noch friedlichen Ende nicht die Enteignung und Zerschlagung ihrer Wirtschaft hinnehmen müssen. Aber

die Kommunisten hatten nichts, aber auch gar nichts aus ihrem Verbot 1933 gelernt, nicht einmal den Respekt vor dem Privateigentum der Konzerne.

Kapital und Nazis

Die Industrie hat jedoch irgendwie dazu beigetragen, dass den Nazis die Macht im Staat übertragen wurde? Professor Plumpe weiß von nichts, vielmehr: „(...) so wissen wir, dass führende Industrielle der chemischen und der elektrotechnischen Industrie keineswegs mit dem Nationalsozialismus liebäugelten“. Von liebäugeln kann in der Tat keine Rede sein. Sie nutzten die Nazis und mussten sich dann auch von ihnen benutzen lassen.

Beispiel Chemie: Die IG FARBEN setzte nicht aus Liebe auf Hitler. Sie setzte auf ihn aus existentieller Not - nur er konnte sie noch aus der großen Krise erlösen, die ihr die verlustreiche Benzinsynthese aus Kohle eingebracht hatte.

Beispiel Elektrotechnik: Bei SIEMENS schätzte man nicht den „plebejischen“ Charakter der NSDAP, erkannte aber sehr wohl, wie nützlich deren Führer war: „Hitler hat seine wirklichen Anhänger zu starker Disziplin erzogen, um revolutionäre Bewegungen des Kommunismus zu verhindern“, verkündete Konzernchef Carl Friedrich von Siemens schon 1931 ganz offen in einer Rede vor US-Industriellen. Und im Freundeskreis Reichsführer SS, bei Heinrich Himmler, der alles Nötige für die Vernichtung des Kommunismus veranlasste, traf man sich. Zuallererst die Vertreter von Chemie und Elektrotechnik. Das war ein geschäftiges Do, ut des (Ich gebe, damit Du gibst), bei dem die Industrie gewiss nicht zu kurz kam.

Plumpe will nicht sagen, dass die Industriellen Parteigänger der Nazis waren. Er will aber auch nicht sagen, dass sie vor ihnen kapitulierten. Er will nur sagen, dass alles so sein musste, wie es war und dazu greift er sich den 1920 verstorbenen Soziologen Max Weber. Wozu? Um die Industrie zu verteidigen? Oder will uns

Werner Plumpe klammheimlich andeuten - ich fürchte, ich verleumde ihn schon wieder -, dass es zwischen Großunternehmen und Faschismus eine ganz natürliche Kooperation gibt?

Ich weiß es nicht. Aber ich möchte schon wissen, warum und zu welchem Ende Plumpe in seiner Abhandlung über „Unternehmer im Nationalsozialismus“ Max Weber so zitiert: „Die Versachlichung der Wirtschaft auf der Basis der Marktvergesellschaftung folgt durchweg ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten, deren Nichtbeachtung die Folge des ökonomischen Misserfolgs, auf die Dauer des ökonomischen Untergangs nach sich zieht. Rationale ökonomische Vergesellschaftung ist immer Versachlichung in diesem Sinn, und einen Kosmos sachlich rationalen Gesellschaftshandelns kann man nicht durch karitative Anforderungen an konkrete Personen beherrschen. Der versachlichte Kosmos des Kapitalismus bietet dafür gar keine Stätte. An ihm scheitern die Anforderungen der religiösen Caritas ...“

Das heißt, wenn man dies - wie Plumpe - auf das Thema „Unternehmer und Nationalsozialismus“ anwendet und eine unverblühte Ausdrucksweise nicht scheut: Für die Wirtschaft gibt es nicht Besseres als einen ordentlichen Faschismus ohne Moral; der von Hitler hatte sich leider letztlich als etwas unordentlich erwiesen. Auschwitz aber, wo die IG FARBEN ihr mächtiges Bollwerk gegen den Osten errichtet hatte, war mit seinem Vergasungsbetrieb für die nicht mehr verwertbare Arbeitskraft rational, und von irgendwelcher caritas unbefleckt. Der versachlichte Kosmos des Kapitalismus schlechthin. Doch so etwas will Professor Plumpe nicht sagen. Zumindest sollte er sich in seinem Freundeskreis nie dabei erwischen lassen.

Nachdruck der Texte mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Jungen Welt



Stichwort Bayer Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort Bayer

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf • Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 • e-mail: CBGnetwork@aol.com • www.CBGnetwork.org

lung von Nutzpflanzen. Ein Hektar kann je nach Ertrag etwa zehn Tankfüllungen pro Jahr liefern - aber durch einen Hektar Weideland kann auch eine Großfamilie ihre Ernährung erheblich und dauerhaft verbessern. Die Welternährungsorganisation FAO weist seit Jahrzehnten darauf hin, dass solche Ressourcen für Ernährung und Gesundheit armer Bevölkerungsschichten sehr wichtig sind.

Jatropha-Plantagen würden die Bevölkerung von ihrem gemeinschaftlich genutzten Land vertreiben, Armut und Hunger wären die Folge. Auch die Konkurrenz um Wasser würde durch den Anbau verschärft, denn mit Bewässerung liefern die Pflanzungen weit höhere Erträge.

Vertreibung droht

In Indien sollen durch ein groß angelegtes Regierungsprogramm drei Viertel der sogenannten „wastelands“ – bis zu 11 Millionen Hektar - durch Kraftstoff-Plantagen ersetzt werden. Zusammen mit DAIMLER will BAYER CROPSCIENCE hierfür die Technologie liefern. Der Agro-Multi arbeitet intensiv an Saatgut und Pestiziden für Jatropha; es wird erwartet, dass die Unternehmen über kurz oder lang auch auch gentechnisch veränderte Jatropha-Pflanzen auf den Markt bringen werden. Damit würden die FarmerInnen in die von Gentechnik-Mais, -Soja und -Baumwolle bekannte Abhängigkeit geraten.

Bereits jetzt wird in Indien Jatropha im Vertragsanbau von Kleinbauern und -bäuerinnen produziert. Dabei werden Saatgut und Kredite von derselben Firma geliefert, die das Produkt zu üblicherweise vorher festgelegten Preisen aufkauft¹. In der Regel sind die LandwirtInnen im Vertragsanbau in einer ungünstigen Ver-

handlungsposition; sie tragen die Risiken von Ernteschwankungen, die auch bei Jatropha auftreten. Verschuldung tritt oft an die Stelle des erhofften festen Einkommens. Jatropha hat, wie Kaffee, unterschiedliche Reifezeitpunkte, so dass eine mechanische Ernte kaum in Frage kommt. Wenn, wie in den Publikationen von BAYER, die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Jatropha-Anbau betont wird, sollte man nach dem Einkommen fragen, und eben auch nach der Verdrängung von Armen aus dem Gemeinschaftsland.

Wegen seiner Giftigkeit für Mensch und Tier wurde Jatropha zudem in manchen Ländern, so in Westaustralien, verboten. Die Risiken eines großflächigen Anbaus sind unbekannt.

Werbepattform UN

BAYER und DAIMLER sammelten bereits im September 2007 in Madrid unter den Delegierten einer UN-Konferenz, der 8. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zur Wüstenbekämpfung (UNCCD), Unterschriften für den Anbau von Jatropha. Schon seit 2002 hat der Leverkusener Multi einen Vertrag mit dem Sekretariat der Wüstenbekämpfungskonvention, das seinen Sitz in Bonn hat. Soweit bekannt, stellt BAYER einige PCs zur Verfügung. Im Gegenzug ist das Unternehmen bei den Verhandlungen der UNCCD-Vertragsstaaten mit großen Ständen präsent und hat direkten Zugang zu den RegierungsvertreterInnen.

Auch im Vorfeld der UN-Konferenz über die biologische Vielfalt im Mai in Bonn wird der Anbau von Jatropha beworben. Auf einem Vorbereitungs-Treffen in Hannover präsentierte DAIMLER seine Jatropha-Aktivitäten. Ein Vertreter der INTER-

MED DISCOVERY - einer Management-Ausgründung von BAYER, die sich ebenfalls mit Jatropha befasst - durfte bei der feierlichen Vorstellung der Biodiversitäts-Strategie der Bundesregierung im Dezember 2007 in Berlin über internationale Aspekte der Biologischen Vielfalt sprechen.

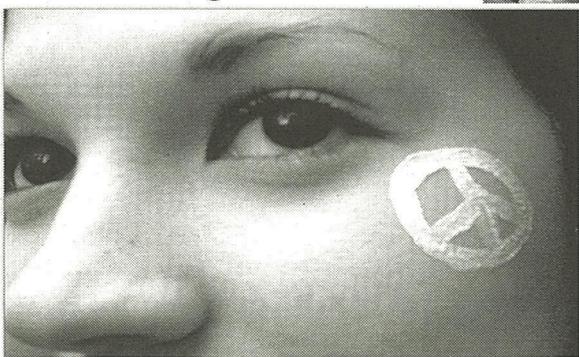
Schon 2004 wurde mit der UN-Umweltbehörde UNEP eine Kooperation vereinbart. Im August 2007 fand im BAYER-Erholungsheim in Leverkusen gar die „Internationale Jugendumweltkonferenz“ der UNEP statt. Die BAYER AG bezahlte die komplette Veranstaltung, und ihr Vorstandsvorsitzender Werner Wenning hielt eine Eröffnungsrede (s. SWB 3/2007).

Pestizide u. Artensterben

Zugleich trägt BAYER als weltweit zweitgrößter Pestizidhersteller massiv zur Bodenerosion und zum Verlust biologischer Vielfalt bei. Obwohl der Global Player in seinem Geschäftsbericht 1995 angekündigt hat, bis zum Jahr 2000 den Verkauf sämtlicher Pestizide der Gefahrenklasse 1a (extremely hazardous) und 1b (highly hazardous) einzustellen, verkauft er weiter solche Ackergifte in den so genannten Entwicklungsländern.

Auch gentechnisch verändertes Saatgut wird von BAYER CROPSCIENCE vertrieben. Der Konzern hofft, dass sich der weltweite Markt für gentechnisch verändertes Saatgut von Mais, Soja, Raps, Baumwolle und Reis von 2005 bis 2015 auf rund 3,6 Mrd. € verdoppeln wird. Herbizidresistentes Saatgut in Verbindung mit dem jeweiligen Agrogift trägt erheblich zur Vernichtung von biologischer Vielfalt auf landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie zur Bodenerosion bei.

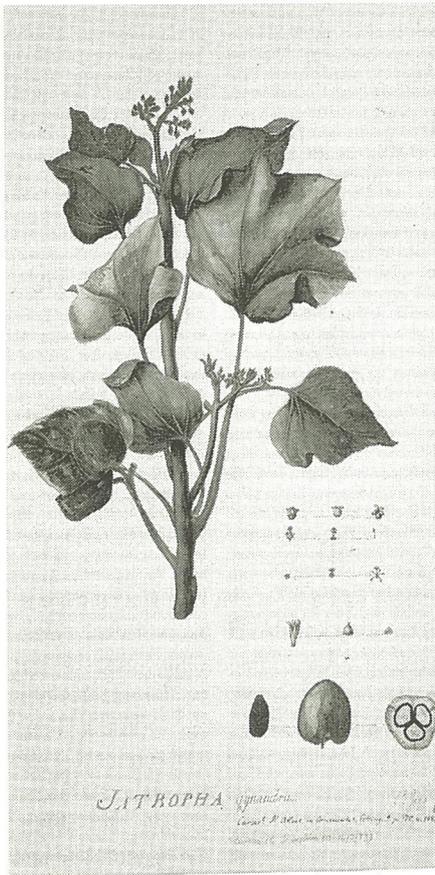
80 Jahre Arbeiterfotografie 80 Jahre Gegenwind



FriedensMedium
Spendenkonto: Arbeiterfotografie - Postbank
Hamburg - BLZ 20010020 - Kto. 101656-203

arbeiterfotografie.com/80jahre





Purgiermaß, F: *Jatropha gossypifolia*
Jatropha curcas (Sao Thiago/Kapverden), 14. August 1772)

Bad News aus Indien

In Chhattisgarh, dem Jatropha-Vorreiter unter den indischen Bundesstaaten, wurden einigen der größten indischen Unternehmen 200.000 Hektar Land versprochen, ein Paradies für die „land-grabber“ genannten GeschäftemacherInnen, die sich Land aneignen, wie ein Sozialarbeiter aus der Region berichtet. 2006 hatten bereits 30 FarmerInnen im Kampf um ihr Land ihr Leben verloren, berichtet die Umwelt-Zeitschrift *Down to Earth*². Die Umweltaktivistin Vandana Shiva kritisiert, dass LandwirtInnen unter Androhung von Gefängnisstrafen ihr Reisland für den Jatropha-Anbau übergeben mussten³. Auch aus der Region Patnagar wurden Verkäufe fruchtbarer Landes an Firmen für den Jatropha-Anbau gemeldet⁴. Im Oktober 2007 wurde geschätzt, dass in Indien bereits 500.000 bis 600.000 Hektar Jatropha angebaut werden, und die Staatsbank vergab Millionen-Kredite an Kleinbauern und -bäuerinnen⁵. Aus der Grünen Revolution der siebziger Jahre ist bekannt, dass solche Kredite häufig zur Verschuldung führen; hinzu kommt heute der Vertragsanbau zu Bedingungen, die ebenfalls häufig Verschuldung zur Folge haben.

„Bio im Tank“ hat also weder etwas mit Biodiversität noch mit der von den Unternehmen so gern propagierten „nachhaltigen Wirtschaft“ zu tun. Und das werden die verschiedensten Initiativen in Bonn auch deutlich zum Ausdruck bringen.

ANMERKUNGEN

¹ beispielsweise seit 2005 durch die Firma LABLAND BIOTECH in Mysore, die das Öl an den britischen Agrosprit-Riesen D1 verkauft.

<http://www.hindu.com/2005/04/24/stories/2005042410950300.htm>

² http://www.downtoearth.org.in/full6.asp?foldername=20060915&filename=news&sec_id=4&sid=51

³ <http://www.navdanya.org/news/5dec07.htm>

⁴ <http://www.newindpress.com/NewsItem.asp?ID=IEQ20070403005640&Page=0&Title=ORISSA&Topic=0>

⁵ <http://www.commodityonline.com/news/topstory/newsdetails.php?id=3163>

DAS FEMINISTISCHE BLATT

129 Links. www.wirfrauen.de/links
1 Newsletta. www.wirfrauen.de/newsletta
20 Ausgaben online. www.wirfrauen.de/archiv

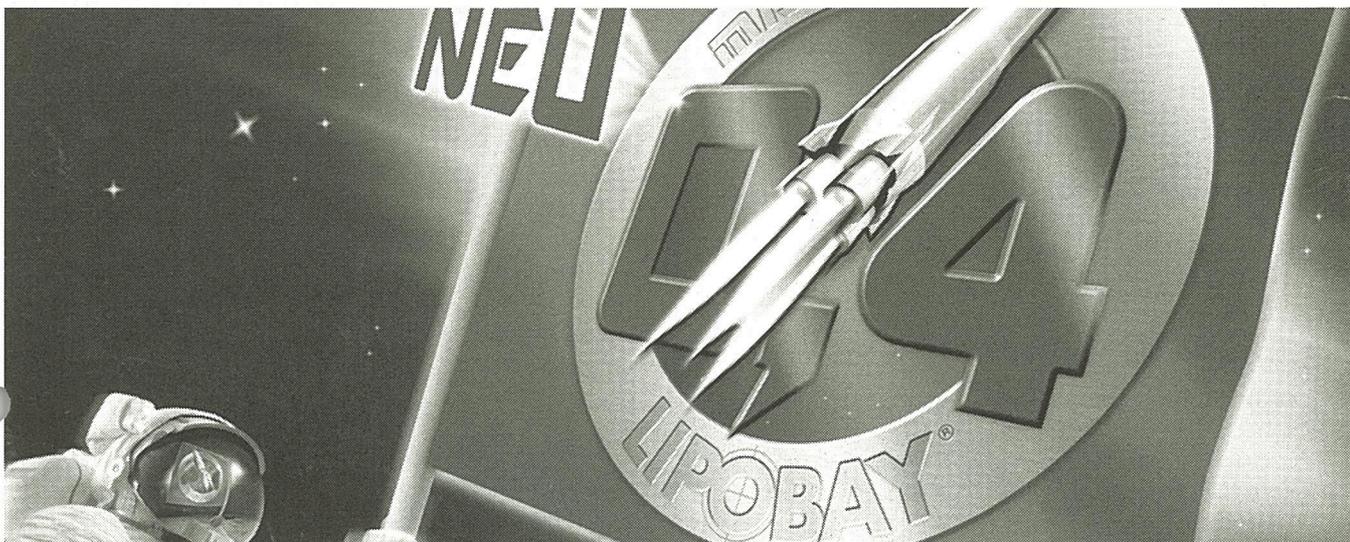
1. Ausgabe 2008 Schwerpunkt: Sexualität

Jetzt Probeabo anfordern:
www.wirfrauen.de/abo



LIPOBAY: BAYER schuldig

Kein Vergleich



US-amerikanische LIPOBAY-Werbung

Ein Gericht in der argentinischen Stadt Rosario hat erstmals einem LIPOBAY-Geschädigten Schadensersatz zuerkannt. Der Kläger, Carlos Potocnik, litt nach Einnahme des Cholesterin-Senkers unter Muskelzerfall, der zu schweren Nierenschäden und einer dauerhaften Behinderung führte. In den bisherigen Verfahren war BAYER einer Verurteilung stets mit Hilfe von Vergleichen zuvorgekommen.

Von Philipp Mimkes

Seine wirtschaftliche Aktivität hat den Leverkusener Multi zwar oft vor den Kadi geführt und auch die eine oder andere Million an Strafen gekostet, aber formaljuristisch bekam seine Weste höchstens einen kleinen Graustich. „Schuldig im Sinne der Anklage“, hieß es nämlich nie, da waren stets Vergleiche vor. So endeten Tausende von LIPOBAY-Prozessen mit einem solchen Ablasshandel, der das Unternehmen bisher über eine Milliarde Euro kostete. Ein Vertrag, der kürzlich einer LIPOBAY-Geschädigten aus Bayern vorgelegt wurde, zeigt, wie die Betroffenen zum Schweigen verpflichtet werden. Darin heißt es: „Mit BAYER wurde ein Vergleich geschlossen. Über den Inhalt und die Umstände wurde Stillschweigen vereinbart. Weiter möchte ich daher zu dem Thema des Vergleichsabschlusses keine Stellung nehmen“. Bei Zuwiderhandlungen droht eine Vertragsstrafe in Höhe des Abfindungsbetrages. Ein Gericht in der argentinischen Stadt Rosario hat dieses

Spiel allerdings nicht mitgemacht: Es wies BAYER im Fall LIPOBAY schuldhaftes Verhalten nach und verurteilte den Pharma-Riesen zu Schadensersatz in Höhe von 160.000 Peso (knapp 40.000 Euro). Die Entschädigung setzt sich aus Schmerzensgeld, Behandlungskosten sowie entgangenem Lohn zusammen. Potocnik hatte ursprünglich 570.000 Peso gefordert. Die zuständige Richterin Sylvia Aramberri argumentierte, dass BAYER die Nebenwirkungen von LIPOBAY im Vorhinein kannte und bewusst in Kauf genommen hat. Sie konnte sich dabei auf offizielle Dokumente aus Leverkusen stützen. Bereits in der ersten Test-Phase hatte nämlich die LIPOBAY-Version mit einer 0,8 Milligramm-Dosis, wie sie auch Carlos Potocnik verschrieben wurde, zu Muskelzerfall und Nierenversagen geführt - etwa zehn mal häufiger als bei Produkten der Konkurrenz. In Japan klagten ProbandInnen über so starke Nebenwirkungen, dass der leitende Arzt die Studie einstellen wollte. Selbst

ein BAYER-Mitarbeiter riet angesichts des stark erhöhten Risikos dazu, „den Marketing-Enthusiasmus zu dämpfen“. Die Verantwortlichen im Konzern hatten sich davon unbeeindruckt gezeigt und LIPOBAY wegen der höheren Wirksamkeit in den USA und Südamerika mit der 0,8 Milligramm-Dosis herausgebracht. In Europa blieb es bei der ungefährlicheren Dosis von 0,3 oder 0,4 Milligramm pro Tablette. Die Folge: Mindestens hundert Personen in aller Welt starben an Nebenwirkungen des Medikamentes, das BAYER im Sommer 2001 vom Markt nehmen musste. Die Entscheidung in Argentinien wirft auch Fragen nach der Verantwortung des Managements auf. Hubert Ostendorf von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN: „Das Gericht hat eindeutig ein schuldhaftes Verhalten der Verantwortlichen bei BAYER festgestellt. Da es zu Dutzenden von vermeidbaren Todesfällen kam, müssen nun strafrechtliche Konsequenzen gezogen werden.“

„Süllhöfer vs. BAYER“ - die Fortsetzung folgt

Ein langer Prozess



Es ist das längste Verfahren in der Justiz-Geschichte der Bundesrepublik. Seit nunmehr vierzig Jahren klagt Heinz Süllhöfer gegen BAYER. Der Düsseldorfer wirft dem Leverkusener Multi vor, sich widerrechtlich seine Erfindung einer Kunststoffplatten-Maschine angeeignet zu haben. Immer wieder wollten die RichterInnen die Aktendeckel schließen; immer wieder gelang Süllhöfer eine Wiederaufnahme. So müssen sich die Gerichte auch noch in diesem Jahr mit dem Fall befassen.

Von Jan Pehrke

„Ich schlafe seit 40 Jahren mit der Geschichte ein und wache am nächsten Morgen wieder damit auf“, sagte der Düsseldorfer Erfinder Heinz Süllhöfer in einem *dpa*-Interview. Diese unendliche Geschichte begann Mitte der sechziger Jahre. Süllhöfer hatte eine Maschine zur Massenherstellung von Isolierplatten aus Kunststoff konstruiert und bot sie BAYER

zum Kauf an. Der Leverkusener Multi prüfte die Offerte lange - und lehnte dann überraschend ab. Später erfuhr der Erfinder, warum. Der Konzern hatte die Apparatur kurzerhand nachgebaut, in Betrieb genommen und in die eigene Produktpalette integriert. Süllhöfer zog umgehend vor Gericht und erwirkte einen Vergleich: Für die Überlassung der Nutzungsrechte

hatte BAYER ihm künftig für Verkäufe ins Ausland Lizenzgebühren zu zahlen. Geld erhielt der 81-Jährige allerdings nie. „Zahlen? Wofür? Ach, sie wollen Lizenzgelder? Tja, dann weisen Sie uns erst einmal nach, welcher unserer ausländischen Kunden nach Ihrem Verfahren arbeitet! Und dann sehen wir weiter!“¹, beschied ihm damals ein BAYER-Justiziar.

Der Düsseldorfer Erfinder reichte 1973 deshalb erneut eine Klage ein. Er wollte den Pharma-Riesen per Gerichtsbeschluss zwingen, das Ausmaß der Geschäfte mit seinen ausländischen Kunden offen zu legen, um daraus seine Ansprüche abzuleiten. Da Heinz Süllhöfer das mit einer Entschädigungsforderung in dreistelliger Millionen-Höhe verband, unterlag er. 1991 versuchte der Unternehmer es erneut, scheiterte jedoch abermals. Noch 16 Jahre später weigerte sich das Landgericht Düsseldorf, die Akten von 1973 wieder zu öffnen. Süllhöfer ging in Revision und errang einen Erfolg. Im November 2007 ordnete das Oberlandesgericht an, die Berechtigung seiner alten Auskunftsklage, die er in seinem neuerlichen Antrag nicht mehr direkt mit Schadensersatz-Forderungen verknüpfte, zu prüfen.

Hatte das Landgericht Süllhöfers Begehren noch mit dem Hinweis auf Gerichtsschulden und die 1991 doch stattgefunden habende Verhandlung des Falles abgewiesen, so folgten die OLG-RichterInnen der Argumentation des Rechtsanwalts Siegfried Bratke, wonach sein Mandat 1973 ordnungsgemäß einen Gerichtskosten-Vorschuss gezahlt habe und 1991 sein Anliegen nicht einmal habe vortragen können, weil weder der komplette Aktensatz noch überhaupt die Klageschrift vorlag.

BAYER versuchte jetzt auf Zeit zu spielen, um juristischen Schaden vom Unternehmen abzuwenden. „Die Ansprüche sind verjährt, aber auch unbegründet“, argumentierte der Konzernanwalt in verräterischer Logik. Wenn die Ansprüche verjährt sind, dann waren sie nämlich einmal begründet, wenn sie aber unbegründet sind, dann waren sie es von Anfang an. Was der Unternehmensjurist eher unfreiwillig andeutet, spricht der Konzern intern

ganz offen aus. „Gegen sein Patent können wir nichts unternehmen, denn wir stehen praktisch da mit patentrechtlich leeren Händen“, hieß es in einem alten Strategiepapier des Chemie-Multis. Deshalb schwante den Patenträubern auch, dass „es bei der derzeitigen Rechtssprechung ... durchaus möglich schien, dass Süllhöfer obsiegt, was genau das Gegenteil von dem bewirkt hätte, was wir beabsichtigen, nämlich Süllhöfer zum Schweigen zu bringen“.

Auch auf die Zeit ist vor Gericht allerdings nicht unbedingt Verlass, denn auf die Verjährungsfrist von 30 Jahren kann der Beschuldigte nur hoffen, wenn er sich seit der „Tatzeit“ an die juristischen Spielregeln gehalten und in der Sache nichts Inkrimnierendes mehr unternommen hat. Und genau das hat der Global Player nicht. Er hat z. B. mit Manipulationen von Beweismaterial versucht, den Prozess-Ausgang zu seinen Gunsten zu beeinflussen - Beweise für ein solches „Täuschungshandeln“, wie der juristische Fachausdruck heißt, hat Süllhöfer dem Gericht vorgelegt. Diese haben das Düsseldorfer Landgericht offensichtlich nicht unbeeindruckt gelassen. Anfang März lehnten die RichterInnen es in einem Beschluss ab, das Verfahren wg. Verjährung einzustellen. Sie verlangten von den BAYER-Anwälten stattdessen, stichhaltigere Argumente für ihre Position vorzulegen. An Heinz Süllhöfer erging die Aufforderung, seine Schadensersatzansprüche „entscheidungsfest“ zu belegen; fünf offene Fragen bestanden für die JuristInnen noch. Eine Antwort machten sie dem Erfinder jedoch schwer. Sie setzten nämlich den Streitwert auf 500 Millionen Euro fest. Da sich die Kosten der rechtlichen Auseinandersetzung an dieser Summe bemessen, müsste der Kläger



Heinz Süllhöfer

nun erst einmal einen Gerichtskostenvorschuss von drei Millionen Euro leisten, um im Verfahren „drin“ zu bleiben. Das kann Süllhöfer nicht - und die Richterin Ulrike Voß wollte es ihm nicht ermöglichen. Sie lehnte den Antrag auf Prozesskostenbeihilfe ab. „Die Rechtsverfolgung hat keine Aussicht auf Erfolg“, begründete Landgerichtssprecherin Christina Schubert. Siegfried Bratke will diesen Beschluss jedoch anfechten. Das Gericht könne nicht gleichzeitig weiteren Klärungsbedarf anmelden und die Bereitstellung der Mittel dafür verwehren, so Bratke. Eine Entscheidung über den Widerspruch ergeht erst nach SWB-Redaktionsschluss. Aber wie sie auch ausfallen mag, das letzte Wort zum Fall „Süllhöfer vs. BAYER“ dürfte die Justiz damit noch nicht gesprochen haben.

¹zit. nach Süllhöfers Angaben in Monique Klinkenberg, Das Patent - Krankheiten, Konzerne und Patentklau, S. 191 (Das Buch ist über den J5A-Versand erhältlich)



Nahrung ist ein Menschenrecht

17 Millionen ...

... entspricht

- der Gesamtinwohnerzahl von Bayern, Brandenburg und Thüringen?
- der Anzahl der Schulkinder, die im indischen Bundesstaat Uttar Pradesh täglich eine warme Mahlzeit erhalten - nachdem FIAN aktiv wurde und gemeinsam mit Partnerorganisationen das indische Verfassungsgericht angerufen hat?
- der Anzahl der Menschen, die weltweit im Laufe eines Jahres an den Folgen von Hunger und Mangelernährung sterben?

Richtig!

- Informieren
- Engagieren
- Mitmachen!



FIAN-Deutschland e.V. • Düppelstraße 9 - 11 • 50679 Köln • fian@fian.de
Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung
Spendenkonto 4000 4444 00 • GLS-Bank • BLZ 430 609 67

Potenz und Testosteron

BAYERs merkwürdige Männer-Pillen



BAYER hat eine neue Zielgruppe: Den Mann

Bei dem beliebten Spiel „Pillen auf der Suche nach einer Krankheit“ ist BAYER wieder einmal fündig geworden und hat angeblich zu niedrige Testosteron-Spiegel bei Männern als behandlungsbedürftig ausgemacht. Und auch die Potenzpille LEVITRA demonstriert dem Multi zufolge seit neuestem Vielseitigkeit und erweist sich als „eine Tür zur Gesundheit des Mannes“.

Von Cornelia Stolze

BAYER will eine Art Jungbrunnen für Männer ab 40 entdeckt haben: Eine Potenzpille und Testosteron sollen Blutgefäße reparieren, Bäuche schrumpfen und Muskeln wachsen lassen. Dass derlei Propaganda rechtlich und medizinisch zumin-

dest fragwürdig ist, scheint den Pharmakonzern wenig zu stören. Erektionsstörungen, so könnte man glauben, sind für jeden Mann ein mittleres Fiasko. Für den Urologen Aksam Yassin aber sind sie so etwas wie ein Geschenk

des Himmels. „Die Erektile Dysfunktion“, sagte der aus Syrien stammende und in Norderstedt praktizierende Arzt kürzlich bei einem BAYER-Pressegespräch in Hamburg, „ist eine Tür zur Gesundheit des Mannes.“ Viele Männer ließen sich ja nur

werte, senke den Blutdruck und verbessere die Regulation des Blutzuckerspiegels. Damit, verkündet der BAYER-Pressetext weiter, wurde „das Risiko für Herz/Kreislauf-Erkrankungen deutlich gesenkt“. Ernstzunehmende Belege dafür kann das Unternehmen allerdings selbst auf hartnäckige Nachfrage nicht liefern. Auch bei den Wunderwirkungen der BAYER-Potenzpille auf die Blutgefäße stützt sich Yassin auf selbst produzierte Befunde.

Ergebnisse unbestätigt

Ob all diese Effekte tatsächlich eintreten, sei fraglich, sagt der Reproduktionsmediziner Eberhard Nieschlag von der Universität Münster. „Viele Forscher zweifeln noch daran. Als gesichert gelten solche Ergebnisse erst, wenn sie durch andere Teams bestätigt wurden - was bisher nicht der Fall war.“

Christiane Köber von der Wettbewerbszentrale in Bad Homburg sieht zudem rechtliche Probleme: „Wenn Anwendungsgebiete beworben werden, für die das jeweilige Medikament gar nicht zugelassen ist, dann ist das ein Verstoß gegen das Heilmittelwerbegesetz“, so die Juristin. Auf die entscheidende Frage, wie man bei BAYER dazu stehe, wartet man

vergeblich auf eine konkrete Antwort. Stattdessen schickt die Unternehmenskommunikation seitenweise Material, das irgendwie mit dem Thema zu tun hat - aber die Fragen nicht beantwortet. Auch Yassin hat sich auf Anfrage bisher nicht zur Sache geäußert.

Fest steht: Hormone wie Testosteron können massive Nebenwirkungen haben. Wie man aus Tierversuchen weiß, bringen sie mitunter schlummernde Tumore zum Wachsen. Und davon hat fast jeder Mann über 55 allein in der Prostata mindestens einen. Sinn machten Rezepte für Testosteron deshalb nur, sagt Nieschlag, wenn ein echter Mangel bestehe - etwa nach einer Hodenentfernung oder aufgrund einer angeborenen Unterfunktion. Als allgemein anerkannter Grenzwert gilt eine Konzentration 12 Nanomol Testosteron pro Liter Blutserum - vorausgesetzt allerdings, es liegen auch relevante Beschwerden vor.

Ursache und Wirkung

Die meisten Männer aber können ihre Leistung im Bett selbst beeinflussen. „In 60 bis 70 Prozent der Fälle kommen Erektionsstörungen vom Rauchen“, sagt Nieschlag. Sei die Lunge erst einmal kaputt,

„dann hilft auch alles Testosteron dieser Welt nicht mehr“. Hauptrisikofaktor Nr. 2 ist Übergewicht. Das fördert nicht nur die Entstehung von Diabetes und Herz-Kreislauf-Leiden. Im Fettgewebe wird auch ein Großteil des Testosterons abgebaut und in sein weibliches Pendant Östrogen verwandelt. Vieles spricht deshalb dafür, dass Forscher schlichtweg Ursache und Wirkung verdrehen, indem sie Testosteronmangel als Wurzel vieler Übel brandmarken.

Wer jedenfalls vom Glimmstängel lässt und einigermaßen schlank bleibt, hat selbst im Alter noch gute Chancen auf einen prächtigen Hormonspiegel. „Rund 90 Prozent aller 60-Jährigen und mehr als zwei Drittel aller 80-Jährigen haben noch genug Testosteron im Blut“, sagt Nieschlag. Der Hormonspiegel sei bei einem 70-Jährigen mit etwa 15 Nanomol vielleicht niedriger als bei einem 20- oder 30-Jährigen, dessen Wert bei 30 Nanomol liegt. „Für eine Erektion reicht das aber völlig aus.“

Dieser Artikel ist am 14. Januar 2008 auf Spiegel-Online erschienen. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Spiegel-Verlages



Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift - 19. Jahrgang, Nr. 73, März 2008, 224 Seiten

Nach den Wahlen

Fülberth - In der Fläche

Kapitalismus im 21. Jahrhundert

Zinn - Kapitalismus in futurologischer Retrospektive/ Sablowski - Das globale, finanzgetriebene Akkumulationsregime/ Bischoff - Vom "goldenen Zeitalter" zur Ära der Turbulenzen der Globalökonomie/ Tjaden - Der gegenwärtige Kapitalismus und seine alten Fiktionen/ Buck - Die ökologische Frage: Kann der Kapitalismus die Oberhand behalten?/ Paech - Empire oder (Neo-)Imperialismus?/ Salomon - Der neue Konstitutionalismus - Rechtsform des Imperialismus/ Lieberam - Veränderungen im Kapitalismus und Handlungsoptionen der Linken

Marx-Engels-Forschung Stützele - Marx' innerer Monolog/ Leibiger - Die NAIRU und Marx' Theorie der industriellen Reservearmee/ Knolle - Fallende Profitrate und Transformationsproblem

Und: Collmer - Notizen zu H.H.Holz Weltenuwurf und Reflexion/ Ebenau - Costa Rica: Soziale Bewegungen gegen CAFTA/ Fernández Steinko - Regionalismus und die Linke in Spanien **Sowie:** Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Versand) im Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 25,- u. Ausland 32,- Euro. Bezug über E-mail, Buch-handel (ISSN 0940 0648) oder direkt:

Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4496

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de



Spuren hinterlassen.

Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

Fax 0211 - 26 11 220

Absender/in:

Vorname, Name

PLZ, Ort

Straße, Haus-Nr.

Telefon, Fax

Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf**

eMailCBGnetwork@aol.com

Parkinson-Kranke geschädigt

BAYERs Arzneitest-GAU



Tatort Tampa General Hospital

Im Jahr 2005 kam es bei Arznei-Tests mit Parkinson-Kranken, die der nun zu BAYER gehörende Pharma-Multi SCHERING in Kooperation mit dem Unternehmen TITAN in den USA durchführte, zu ernsthaften Zwischenfällen. Die per gehirnochirurgischem Eingriff implantierten Zellen zur Dopamin-Produktion verursachten bei den ProbandInnen Verwirrheitszustände, Depressionen bis zu Selbsttötungsversuchen, Lähmungserscheinungen, Sprachausfälle, epileptische Anfälle, Hirnblutungen, Asthma und andere körperliche oder geistige Beeinträchtigungen. Die dauerhaft geschädigte Suzanne Davenport hat deshalb Klage gegen den Leverkusener Agro-Riesen eingereicht.

Von Jan Pehrke

Chronisch kranke Menschen müssen mit einem hohen Leidensdruck leben. Sie haben oft schon eine Odyssee durch diverse schul- und alternativmedizinische Praxen hinter sich, saugen begierig Meldungen über wissenschaftliche Fortschritte auf und klammern sich an jeden Strohhalm. Parkinson-Erkrankten etwa machte SCHERING große Hoffnungen. „In einer ersten Studie, die Daten aus drei Jahren Beobachtung umfasste, zeigten alle sechs Patienten eine lang anhaltende Verbesse-

rung ihrer Parkinson-Symptome um durchschnittlich beinahe 50 Prozent“, meldete das Berliner Unternehmen über Versuche mit SPHERAMINE in seinem Geschäftsbericht von 2004. In den Fachzeitschriften erschienen entsprechende Artikel, das „Kompetenznetz Parkinson“ verbreitete die frohe Kunde und die US-Gesundheitsbehörde FDA votierte wegen der guten Therapie-Aussichten für ein beschleunigtes Zulassungsverfahren. Da war es für den seit 2006 zu BAYER gehörenden Phar-

ma-Riesen ein Leichtes, aus diesem Personenkreis ProbandInnen für die zweite Phase der Klinischen Tests mit dem Biotech-Medikament zu gewinnen. Dabei handelte es sich um alles andere als einen „normalen“ Arznei-Test. Die TeilnehmerInnen hatten sich einer richtigen Operation zu unterziehen, bei der die ChirurgInnen ihnen von OrganspenderInnen stammende Augenzellen zur Anregung der Dopamin-Produktion ins Gehirn einpflanzen wollten. Aber diese Aussicht



Patientin im Tampa General Hospital

schreckte sie ebenso wenig ab wie das Verbot solcher Unterfangen in Europa, wo ein Studien-Design, das Angehörigen der Placebo-Gruppe sinnlose Operationen zumutet, nicht die Gnade der Genehmigungsbehörden findet.

Ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten musste SCHERING im Jahr 2005 die zwei bundesdeutschen Probanden deshalb extra fliegen, und diese konnten es kaum erwarten. „Endlich, nach einem Jahr kam das Signal: ‚Es geht los‘“, schildert einer von ihnen im *Parkinsonline-Forum* seine Reaktion. Auch die vorläufige Absage seines OP-Termins wegen erheblicher Komplikationen nach einem Versuch mit dem SCHERING-Präparat in Tampa macht den Parkinson-Kranken nicht misstrauisch; er reagiert erleichtert auf die Entscheidung der Ethik-Kommission, grünes Licht für die Fortsetzung der Testreihe zu geben. Nicht einmal das Schicksal seines bundesdeutschen Leidensgenossen, der nach der Einsetzung der Dopamin-Zellen Halluzinationen und Depressionen bekam, in jedem einen potenziellen Mörder sah und im Bett fixiert werden musste, ließen bei dem „Parki“, wie er sich selbst nennt, Zweifel aufkommen. Ihm blieben dann ähnliche Leiden glücklicherweise erspart -

seinen Kopf öffneten die MedizinerInnen nur „pro forma“, weil er der Kontrollgruppe angehörte.

Seine sehnlich erwünschten SPHERAMINE-Kulturen pflanzten die ÄrztInnen ihm und den anderen „Placebos“ erst später ein. „Das heißt für mich, und das ist vertraglich abgesichert, nach Ablauf der Studie noch mal hin, und dann natürlich garantiert mit Zellen wieder zurück. Dazu nehme ich die nicht unbedeutenden Risiken in Kauf. Ich hoffe, ich habe Euch allen ein bisschen Mut gemacht“, schließt er seinen Forumsbeitrag.

Auf einer anderen Parkinson-Website stellt ein Patient ähnlich unkritisch dar, was bei den SPHERAMINE-Tests in Tampa geschah. Bevor er die von den MedizinerInnen für die US-Gesundheitsbehörde FDA angefertigte vorläufige Studien-Auswertung präsentiert, die auf den Daten von 55 der 68 TeilnehmerInnen basiert und bei 10 Personen ernsthafte Nebenwirkungen dokumentiert, schreibt er: „Wie bei allem werden auch hier einige nur das Negative sehen und andere die Zukunft“. Wer allerdings nach den ellenlangen Passagen über Verwirrheitszustände, Depressionen bis zu Selbsttötungsversuchen, Lähmungserscheinungen, Sprachausfälle, epileptische Anfälle, Hirnblutungen, Asthma und andere körperliche oder geistigen Beeinträchtigungen in SPHERAMINE noch einen Heilsbringer sehen kann, bleibt schleierhaft. Die von SCHERING und TITAN engagierten ÄrztInnen allerdings glauben nach wie vor an „goldene Zeiten“. „Die Stärke und Häufigkeit dieser ernsthaften Nebenwirkungen entsprechen den Komplikationen, die nach dieser Art der Intervention nor-

Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern

26. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei
BAYER - weltweit.

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
http://www.CBGnetwork.de

Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-,
Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho). CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000
BIC GENODEM1GLS

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005
(1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

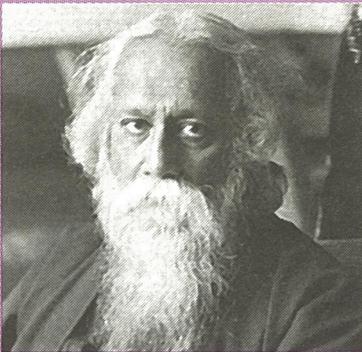
Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrd Müller/Pharmakolog/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)

Mehr als
70.000
Zugriffe
in der
Woche.



www.CBGnetwork.org

Promis gegen Profit



Die europäische Zivilisation (...) ist eine Menschenfresserzivilisation; sie bedrückt die Schwachen und bereichert sich auf ihre Kosten. Überall lässt sie Neid und Hass aufschießen, wo sie hintritt, wächst kein Gras mehr (...) Ihre Macht rührt daher, dass sie alle ihre Kräfte auf das einzige Ziel der Bereicherung richtet.

Der indisch-bengalische Dichter und Philosoph Rabindranath Tagore, (1861 - 1941), der 1913 Nobelpreis für Literatur erhielt.

malerweise zu erwarten waren“, bagatelisieren sie die Vorkommnisse. Die als „nicht ernsthafte Ereignisse“ verbuchten Fälle von Brechreiz, Muskelzuckungen, Gleichgewichtsstörungen, Kopfschmerzen, Halluzinationen, Depressionen und Verwirrheitszustände betrachten sie ebenfalls als Test-Business as usual.

Nur einen Fall vermochten die VersuchsleiterInnen beim besten Willen nicht kleinzureden. Nachdem sich bei der 69-jährigen Suzanne Davenport die „erwartbaren“ Nebenwirkungen wie Verwirrheitszustände und Bewegungsstörungen scheinbar gelegt hatten, verschlechterte sich ihre geistige und körperliche Verfassung auf Dauer so gravierend, dass sie in ein Pflegeheim musste und auf einen Rollstuhl sowie auf künstliche Ernährung angewiesen ist. Das hatten die TesterInnen nicht erwartet. Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, musste „das bisschen Hirnchirurgie“ für die MedizinerInnen mit einer solch krassen Verschlechterung des Allgemeinzustandes nicht unbedingt etwas zu tun haben. „Der kausale Zusammenhang dieser Degenerationserscheinungen mit der SPHERAMINE-Behandlung ist unklar“, heißt es in dem Bericht der von BAYER beauftragten ArzneiforscherInnen.

Suzanne Davenport leidet seit 1989 an Parkinson. Lange Zeit konnte die ehemalige Kindergärtnerin mit der Krankheit relativ gut leben. Aber im Jahr 2003 verschlechterte sich ihr Befinden. Sie begab sich wieder in ärztliche Behandlung, und im Frühjahr 2004 machten ihr Neurolog-

Wer allerdings nach den ellenlangen Passagen über Verwirrheitszustände, Depressionen bis zu Selbsttötungsversuchen, Lähmungserscheinungen, Sprachausfälle, epileptische Anfälle, Hirnblutungen, Asthma und andere körperliche oder geistigen Beeinträchtigungen in SPHERAMINE noch einen Heilsbringer sehen kann, bleibt schleierhaft

Innen von der University of California in Los Angeles den Vorschlag, an der vorklinischen Erprobung von SPHERAMINE teilzunehmen, das sich in ersten Studien als vielversprechend erwiesen habe. In der Hoffnung auf Linderung ihres Leidens willigte Davenport ein und begab sich am 14. Januar 2005 ins Tampa General Hospital. „Nach dem Eingriff war sie nicht mehr

Verlag Graswurzelrevolution



Ashis Nandy
Der Intimfeind
Verlust und Wiederaneignung der Persönlichkeit im Kolonialismus
Mit einer Einleitung zur Rezeption von **M. K. Gandhis** libertärem Anti-Kolonialismus
248 S. | 19,80 EUR | ISBN 978-3-939045-06-9

Eine erste Welle des Anti-Kolonialismus in Indien wollte auch im Widerstand Werte wie Stolz, Männlichkeit, Disziplin und technologische Überlegenheit in Indien durchsetzen. Mit Gandhi ist eine weichere, androgyne, technik-, staats- und patriarchatskritische Konzeption des Anti-Kolonialismus entstanden, die außerhalb des kolonialen Rahmens gewirkt und besonders den hohen Frauenanteil an den Massenaktionen der Unabhängigkeitsbewegung hervorgerufen hat. Der indische Sozialpsychologe Nandy gehört zu den Begründern der »Post-Colonial Studies«. Er schrieb Berichte zur Lage der Menschenrechte und beteiligte sich aktiv an sozialen Bewegungen gegen Krieg, für alternative Formen der Wissenschaft und Technologie sowie für das Überleben von Kulturen.



Achim von Borries / Ingeborg Weber-Brandies (Hg.)
Anarchismus
Theorie · Kritik · Utopie
Mit Texten u. a. von Godwin, Proudhon, Bakunin, Kropotkin, Malatesta, Landauer, Rocker, Goldman, Voline, Read, Goodman, Souchy
Bearbeitete Neuauflage
425 S. | 22,80 EUR | ISBN 978-3-939045-00-7

Dokumentiert und kommentiert wird die libertäre Tradition vom Beginn des 19. Jh. bis in die jüngste Vergangenheit. Die theoretischen Grundpositionen der AnarchistInnen wie auch ihr bedeutender Anteil an der Sozialistischen Bewegung, an der Russischen Revolution und am Spanischen Bürgerkrieg werden aufgezeigt. Porträts der wichtigsten VertreterInnen des Anarchismus runden die bearbeitete Neuauflage dieser umfassenden Textsammlung ab, die differenziert die komplexe Entwicklungsgeschichte des Anarchismus nachzeichnet und seine meist unterschlagenen konstruktiven Tendenzen deutlich macht.

»» *Anarchismus – Theorie, Kritik, Utopie* dürfte die beste deutschsprachige Anarchismus-Anthologie sein, die es heute gibt.
Horst Stowasser in: *Graswurzelrevolution*, Oktober 2007, Nr. 322



Graswurzelrevolution

Die Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
Seit 1972 die einzige Zeitung, die die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht kommentiert und über Theorie und Praxis des Anarchismus und der Gewaltfreiheit berichtet.

Schnupperabo 3 Ausg. 5 EUR Vorkasse | Jahresabo 10 Ausg. 30 EUR | **Jetzt abonnieren**
WiederverkäuferInnen und SpenderInnen herzlich willkommen!

GWR-Vertrieb | Birkenhecker Str. 11 | 53947 Nettersheim | Fax (02440) 959 351 | buchverlag@graswurzel.net | www.graswurzel.net

dieselbe Person", schreibt Sarah Rubenstein vom *Wall Street Journal*, „sie konnte nicht länger aufrecht in einem Stuhl sitzen und nicht mehr gehen (...) Sie brauchte eine Windel und behielt ihren Mund ständig offen“.

Suzanne Davenport war zu einem Pflegefall geworden. Ihre Angehörigen kümmerten sich aufopferungsvoll um sie, aber irgendwann wuchs ihnen die Rundumbetreuung über den Kopf. Im September 2005 beschlossen ihr Ehemann Jim und Tochter Julie deshalb schweren Herzens, Suzanne Davenport in einem Altersheim pflegen zu lassen. 700 Dollar musste Jim

„Die Stärke und Häufigkeit dieser ernsthaften Nebenwirkungen entsprechen den Komplikationen, die nach dieser Art der Intervention normalerweise zu erwarten waren“

Davenport für den Platz monatlich zuzahlen, den Rest und die Aufwendungen für die ärztliche Versorgung - bis heute über 100.000 Dollar - übernahm die US-amerikanische Gesundheitsfürsorge „Medicaid“. Nach Meinung von Julie Languille sollten aber SCHERING und TITAN für diese Kosten aufkommen, denn das hatte

das Unternehmen vor Beginn der Studie zugesichert. „Wenn Sie als eine direkte Folge der Forschungsprozeduren gesundheitliche Schäden davontragen, erhalten Sie eine kostenlose medizinische Betreuung“, lautete der entsprechende Passus in dem Vertrag.

In einem Brief gab sich der bei TITAN für die Klinische Entwicklung zuständige Wissenschaftler Dr. Dimitri Lissin dann auch einsichtig. „Ich nehme zur Kenntnis, dass sich die Symptome ihrer Mutter während der Teilnahme an der Studie (...) verschlimmert haben“, schrieb Lissin. Ob das dem Fortschreiten der Krankheit oder der Behandlung mit SPHERAMINE geschuldet war, stand für ihn zwar nicht fest, er versicherte Julie Languille aber, eine mögliche Entschädigung zu prüfen. Die Rechtsabteilung sei schon eingeschaltet, so Lissin.

Das verunsicherte Suzanne Davenports Tochter, die auf eine schnelle, unbürokratische Einigung gehofft hatte. Sie wendete sich nun ihrerseits an einen Anwalt. Stephen Pappas prüfte den Fall und verklagte SCHERING, TITAN und die Universität von Kalifornien auf Schadensersatz in Höhe von fünf Millionen Dollar. Nach der Übernahme SCHERINGs mussten sich BAYERs JuristInnen mit der Sache befas-

CBG bei der Arbeit



www.CO2tra-Pipeline.de

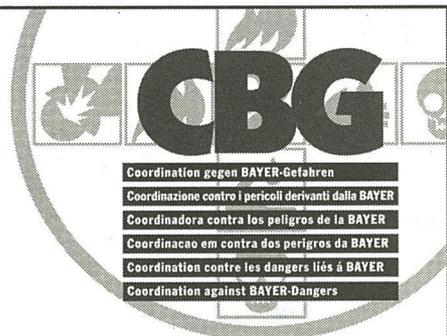
Der Widerstand gegen die von BAYER zwischen Dormagen und Krefeld geplante Kohlenmonoxid-Pipeline ist nach wie vor ungebrochen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) beteiligt sich nach Kräften daran. Ende Februar nahm CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes auf Einladung der DÜSSELDORFER BÜRGERINITIATIVE GEGEN DIE BAYER-GIFTGAS-LEITUNG gemeinsam mit VertreterInnen von anderen Gruppen und Parteien in Düsseldorf an einer Diskussionsveranstaltung zum Thema teil, und auch bei dem Protestumzug Mitte März in Erkrath war die COORDINATION mit von der Partie.

Mit BAYER-Aktien gegen Konzernwillkür

Mit den Aktien-Stimmrechten vieler KleinaktionärInnen konfrontieren wir Vorstand, Aufsichtsrat und die Öffentlichkeit mit den Kehrseiten der BAYER-Gewinne: Umweltzerstörung, Verletzung von Menschenrechten, sozialer Kahlschlag, Ausbeutung, politischer Machtmißbrauch.

Falls auch Sie BAYER-Aktien besitzen, überlassen Sie die Stimmrechte nicht den Banken. Übertragen Sie Ihre Stimmrechte uns. Treten Sie mit uns ein für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Menschenrechte.

Informationen abfordern, jetzt!
CBGnetwork@aol.com



Spenden.

STICHWORT BAYER abonnieren.

Mitglied werden.

Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf
Fon 0211-3339 11 Fax 0211-3339 40

www.CBGnetwork.org

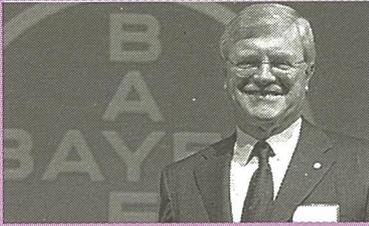
Wegen unseres konsequenten Widerstands gegen Konzernmacht wird uns jede Förderung verweigert. Wir setzen gegen die Macht des Konzerns die Solidarität der Menschen. GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
- Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30 Euro im Jahr
- Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten).
Mein Beitrag soll betragen
(mind. 5 Euro monatl.) Euro im Jahr
Bitte abbuchen monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich
- Ja, ich spende Euro
- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.

Name, Vorname			
Straße, Nr.		PLZ, Ort	
Fon/Fax		Konto-Nr.	
Bankleitzahl		Geldinstitut	
Datum/Unterschrift		Beruf	Geburtsjahr
eMail			

Für Abo, Beitrag und/oder Spende nebenstehende Lastschrift ausfüllen.

O-Ton BAYER



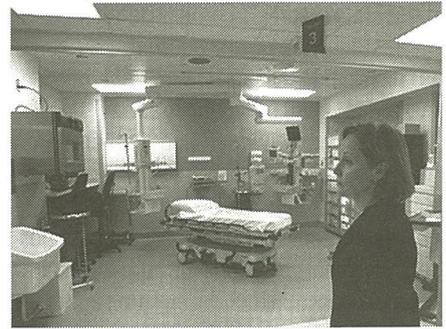
Eine florierende Wirtschaft verbessert die Lebensumstände der Menschen. Gerade in einer wirtschaftlich verflochtenen Welt nehmen dabei auch Bildung, Selbstbewusstsein und das Bedürfnis nach Mitbestimmung zu. Die Wirtschaft und ganz konkret auch BAYER leisten hier einen Beitrag durch entsprechende konzernweite Werte, die bei sämtlichen Geschäftsaktivitäten eingehalten werden. So wird auch unser Verständnis von Menschenrechten in andere Länder transportiert.

BAYER-Chef Werner Wenning in einem Interview mit der Wirtschaftswoche zur Globalisierung, wie der Leverkusener Multi sie sieht.

sen. Der Pharma-Riese „habe Anstrengungen unternommen, um zu versuchen, eine Einigung über eine irgendwie geartete Entschädigung für Frau Davenports Pflege zu erzielen“, antwortete der Konzern auf Nachfrage des *Wall Street Journal* in aller Undeutlichkeit. Für die fünf Millionen Dollar müsste der Global Player dabei eigentlich keine besonderen Anstrengungen unternehmen, aber mit dem Zahlungsgrund hat der Konzern Probleme: Es darf nämlich keinen geben, weil das einem Schuldeingeständnis gleichkäme. Und so wird BAYER wohl nur zahlen, wenn die Gegenseite der Unternehmenssicht der Dinge zustimmt, nach der es „nicht erwiesen ist“, dass SPHERAMINE den Krankheitsschub auslöste. Dazu

„Wie bei allem werden auch hier einige nur das Negative sehen und andere die Zukunft“

scheint diese bereit zu sein. Laut BAYER steht ein Vergleich unmittelbar bevor. Dabei sieht der Pharma-Riese selber die SPHERAMINE-Untersuchungen als nicht ganz unheikel an. „Wenn chirurgische Interventionen nötig sind, stehen kontrollierte, günstigstenfalls Placebo-kontrol-



lierte Studien vor der Herausforderung, eine Balance zwischen ethischen und wissenschaftlichen Erfordernissen zu finden“, trug Dr. Elke Reissig von BAYERS SPHERAMINE-Studiengruppe im letzten Jahr in Berlin auf einem NeurologInnen-Kongress vor. Aber die Vorkommnisse in Atlanta und Tampa störten dieses Gleichgewicht offenbar nicht nachhaltig. Der Konzern kündigte an, im Jahr 2009 mit großflächigen SPHERAMINE-Tests zu beginnen.

Staatlich beauftragte Arznei-PrüferInnen haben da offensichtlich ein anderes Moralempfinden. So stoppten sie unlängst eine Studie mit Diabetes-Präparaten vom Leverkusener Multi und anderen Herstellern. Diese wollte prüfen, ob BAYERS PRE-COSE und weitere Mittel in einer hohen

An alle AbonnentInnen

Konzernkritik stärken STICHWORT BAYER weiterverbreiten:

- STICHWORT BAYER (SWB) ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. Je mehr Menschen STICHWORT BAYER lesen, desto größer die Wirkung. Wir bitten unsere AbonnentInnen: Helfen Sie mit, STICHWORT BAYER zu verbreiten. Bestellen Sie zusätzliche Exemplare zur Verbreitung im Freundeskreis und Ihrer Bekanntschaft.

- Ich/wir habe/n bereits abonniert und bestelle/n zusätzlich Zusatzexemplare je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 € je Heft
- Ich/wir habe/n noch nicht abonniert und möchte/n das für € jährlich tun (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen

STICHWORT BAYER

Coupon Bitte zurücksenden an:

Coupon:

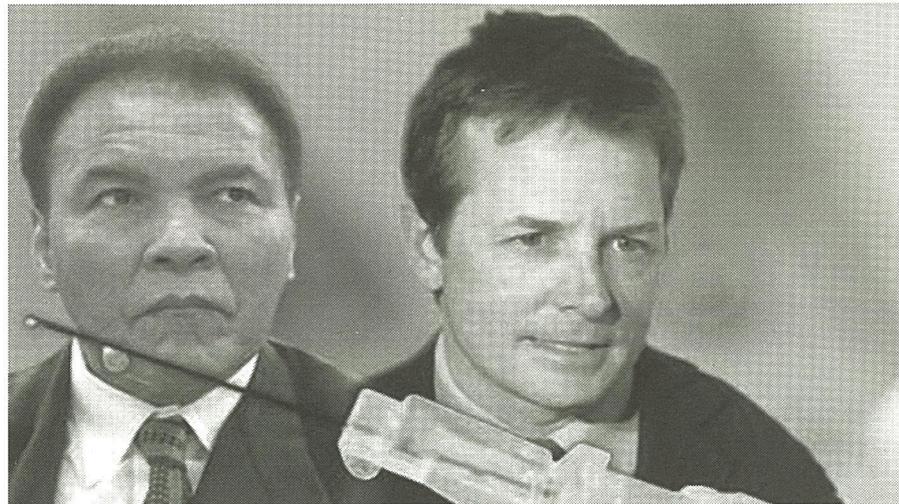
Name/Vorname: _____
 Adresse: _____
 Bank: _____
 BLZ: _____ Kontonummer: _____
 Datum/Unterschrift _____ Alter: _____

Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Postfach 15 04 18,
 40081 Düsseldorf
 Fax 02 11 - 33 39 40
 e-mail: CBGnetwork@aol.com

Dosierung lebensverlängernd wirkten, erbrachte aber das gegenteilige Resultat. In der entsprechenden Gruppe starben deutlich mehr PatientInnen als in derjenigen mit der Standardtherapie, woraufhin die Forschungsleiter die Erprobung vorzeitig beendeten.

Solche Zwischenfälle häufen sich, weil ständig mehr Studien stattfinden. Die Börse straft Pharma-Riesen ohne aussichtsreiche Neuentwicklungen in der „Pipeline“ gnadenlos ab, und so testen sie, was das Zeug hält. Von 40.000 im Jahr 2000 auf 59.000 im Jahr 2006 stieg die Zahl der Untersuchungen. Die zunehmenden Experimente mit bio- oder genmedizinischen Therapieformen erhöhen das Risiko zusätzlich, denn die Wirkungsweise von SPHERAMINE & Co. und ähnlichen Präparaten ist schwieriger vorherzusehen als diejenige von synthetisch hergestellten Medikamenten. Schlagzeilen machte im letzten Jahr die Erprobung eines monoklonalen Antikörpers an acht Versuchspersonen in England, bei der alle sechs Nicht-Placebo-ProbandInnen einen lebensgefährlichen Immunschok erlitten, an deren Spätfolgen ein Tester wenige Monate später starb.

Diese Vorfälle bewogen die EU, ein neues Reglement für solche Studien vorzuberei-

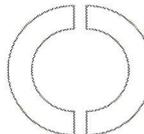


Prominente Parkinson-Patienten Muhammad Ali und Michael J. Fox

ten. Diese „Richtlinie über Strategien zur Identifizierung und Minderung von Risiken bei Phase-1-Studien mit experimentellen medizinischen Produkten“ rief sofort die Global Player auf den Plan. Nicht weniger als 58 Eingaben mit Verwässerungsvorschlägen von Konzernen oder Verbänden erhielt die Europäische Arzneimittelagentur EAMA. Die auch BAYER zu ihren Mitgliedern zählenden Gentech-Verbände „EuropaBio“ und „European Biopharmaceutical Enterprises“ etwa machten sich Sorgen um den medizinischen Fortschritt,

wenn auf ihren Labor-Hervorbringungen der „Hochrisiko-Stempel“ pappt und plädierte dafür, bloß von einem höheren Risiko zu sprechen. Wie immer zeigte sich die EU aufgeschlossen für die Änderungswünsche und überarbeitete ihren Entwurf. Auch wenn die EAMA verfügte, die Anfangsdosis der Testsubstanzen zu senken und sie immer nur einer Testperson zur Zeit zu verabreichen, dürfte der „medizinische Fortschritt“ deshalb auch künftig noch so einige Opfer wie Suzanne Davenport kosten.



ProSolidar 
Leben statt Profit

Geld & Gerechtigkeit

Herkömmliche Finanzanlagen streben nach maximalem Profit. Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Umweltzerstörung werden dabei billigend in Kauf genommen.

ProSolidar finanziert den Einsatz für Gerechtigkeit und den Schutz einer lebenswerten Umwelt. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

Jetzt handeln. Fordern Sie das kostenfreie Anlage-Prospekt an.

ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220

Mail info@prosolidar.net

Coupon:

Geben Sie den Solidar-Interessen mehr Gewicht.

Ja, mich interessiert ProSolidar. Bitte schicken Sie mir unverbindlich das kostenfreie Anlage-Prospekt.

Vorname
Name
PLZ
Ort
Straße
Fon
Fax
Alter
Email

Bitte zurücksenden an:
ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220
Mail info@prosolidar.net

